

**GESCHÄFTSBERICHT  
JAHRESABSCHLUSS AG**



# INHALT

---

## LAGEBERICHT

- 1 Geschäftsverlauf und Lage
  - 7 Risikobericht
- 

## JAHRESABSCHLUSS

- 30 Gewinn- und Verlustrechnung
  - 32 Bilanz
  - 38 Anhang
-

# Lagebericht

## I. GESCHÄFTSVERLAUF UND LAGE

### 1. 2001: DAS JAHR DES INNENAUSBAUS DER HVB GROUP

#### Innenausbau

Nachdem wir in den vergangenen Jahren eine zielgerichtete und konsequente Expansionsstrategie verfolgten und unser Konzern stark gewachsen war, haben wir das abgelaufene Jahr dazu genutzt,

- uns noch stärker als bisher auf unsere Kernkompetenzen und unsere Zielmärkte zu fokussieren,
- einzelne Geschäftsfelder strategisch neu auszurichten und dabei unsere Kräfte zu bündeln,
- durch die Neuorganisation einiger Bereiche unsere Flexibilität und Effizienz zu steigern und
- die weltweite Steuerung unserer Aktivitäten entsprechend dem Konzept der Bank der Regionen umzusetzen.

Durch unser starkes externes Wachstum in den vergangenen Jahren hat die Steuerungskomplexität innerhalb der HVB Group deutlich zugenommen. Wir haben deshalb eine neue Führungsstruktur mit einem Konzernvorstand und fünf rechtsformübergreifend definierten Geschäftsfeldern eingeführt. Mit den regionalen Geschäftsfeldern Deutschland sowie Österreich und CEE (Zentral- und Osteuropa) wollen wir uns konsequent an den Bedürfnissen der Kunden vor Ort ausrichten

und schnell auf Veränderungen an den Märkten und im Kundenverhalten reagieren. In den Geschäftsfeldern HVB Real Estate, HVB Corporates & Markets sowie HVB Wealth Management bündeln wir die globalen Kompetenzen und managen sie aus einer Hand. Mit der neuen Führungsstruktur wird die Strategie als Bank der Regionen effektiver und vor allem transparenter umsetzbar sein.

Kurz: Das Jahr 2001 stand im Zeichen des Innenausbaus der HVB Group.

#### Integration Bank Austria

Wir haben hierzu einen umfangreichen Maßnahmenkatalog verabschiedet, der in zahlreichen Projekten abgearbeitet wird. Dabei konnten wir die Integration der Bank Austria im vergangenen Jahr weitgehend abschließen. Die HypoVereinsbank-Töchter in Österreich und den CEE-Staaten wurden an die Bank Austria übertragen. In den CEE-Staaten haben wir die jeweiligen Einheiten durch die Zusammenführung zu bedeutenden Marktteilnehmern in ihren Regionen ausgebaut. So ist die BPH PBK-Bank jetzt die drittgrößte Bank in Polen, die HVB Tschechien rangiert auf Platz vier im Land, in Ungarn und in der Slowakei nehmen wir jeweils den fünften Platz ein. Gleichzeitig wurden die Bank Austria-Töchter und -Niederlassungen in Deutschland, Westeuropa, Amerika und Asien an die HypoVereinsbank übertragen und mit den bereits bestehenden Einheiten zusammengelegt.

**HVB Real Estate Bank** Mit dem Ziel, unsere Markt- und Kompetenzführerschaft in der Immobilienfinanzierung im europäischen Wettbewerb weiter auszubauen, haben wir in 2001 die Bayerische Handelsbank, die Nürnberger Hypothekbank und die Süddeutsche Bodencreditbank zusammengeführt. Die daraus entstandene HVB Real Estate Bank ist Anfang September gestartet. Sie hat am Jahresende die Anteile der HypoVereinsbank an der FGH Bank übernommen.

**Asset Management** Das Asset Management haben wir strategisch neu ausgerichtet und unsere Aktivitäten in diesem Bereich gebündelt. Um die Depotverwaltung effizienter zu gestalten, haben wir gemeinsam mit der Munich Ergo Asset Management (MEAG) die FondsServiceBank als Joint Venture gestartet. Mit mehr als 270 000 Depots per Ende 2001 ist sie im Wettbewerb gut positioniert.

**Ausgliederungen** Mit der HVB Systems und der HVB Gesellschaft für Gebäude sind wesentliche Teile aus dem Dienstleistungsbereich Bankbetrieb rechtlich auf eigene Beine gestellt und aus der HypoVereinsbank ausgegliedert worden. Darüber hinaus gab es in anderen Sparten weitere Neuordnungen und Maßnahmen zur Effizienzsteigerung.

**Synergien** Alle diese Aktivitäten haben von uns im vergangenen Jahr viel Kraft erfordert, doch die Anstrengungen werden sich in den nächsten Jahren auszahlen. Das Ziel des Innenausbaus ist, Synergien im Umfang von über einer halben Mrd € in 2002, von ca. einer Mrd € in 2003 und von über 1,2 Mrd € jährlich ab 2004 in der HVB Group zu realisieren.

## 2. ERFOLGSRECHNUNG

### GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

	2001	2000	Veränderung	
	in Mio €	in Mio €	in Mio €	in %
Zinsüberschuss	3 463	3 358	+ 105	+ 3,1
Provisionsüberschuss	1 028	1 238	- 210	- 16,9
Nettoergebnis aus Finanzgeschäften	328	383	- 55	- 14,4
Verwaltungsaufwendungen	3 538	3 113	+ 425	+ 13,6
Personalaufwand	1 782	1 717	+ 65	+ 3,7
Andere Verwaltungsaufwendungen <sup>1</sup>	1 756	1 396	+ 360	+ 25,8
Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge/Aufwendungen	547	26	+ 521	>+ 100,0
<b>Betriebsergebnis vor Risikovorsorge</b>	<b>1 828</b>	<b>1 892</b>	- 64	- 3,4
Risikovorsorge	877	781	+ 96	+ 12,3
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>951</b>	<b>1 111</b>	- 160	- 14,4
Saldo sonstiges Geschäft	- 64	- 59	- 5	- 7,5
Außerordentliches Geschäft	—	- 117	+ 117	+ 100,0
Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken gem. § 340 g HGB	—	—	—	—
<b>Ergebnis vor Steuern</b>	<b>887</b>	<b>935</b>	- 48	- 5,1
Steuern	330	229	+ 101	+ 44,1
<b>Jahresüberschuss</b>	<b>557</b>	<b>706</b>	- 149	- 21,1
Einstellungen in Gewinnrücklagen	100	250	- 150	- 60,0
<b>Bilanzgewinn</b>	<b>457</b>	<b>456</b>	+ 1	+ 0,1

<sup>1</sup> Einschließlich Normalabschreibungen auf Sachanlagen.

**Zinsüberschuss** | Der Zinsüberschuss liegt mit 3463 Mio € um 3,1% über dem durch Sondereffekte begünstigten Vorjahreswert. In 2001 haben wir eine höhere Ausschüttung der Hypo (UK) Holdings Ltd. auf Grund der Veräußerung ihrer Anteile an der Londoner Investmentgesellschaft Foreign & Colonial vereinnahmt. Die Ergebnisbelastungen aus der Übertragung der Töchter in Österreich und den CEE-Staaten an die Bank Austria konnten durch die Integration der Bank-Austria-Auslandsniederlassungen überkompensiert werden.

Bei unvermindert hoher Wettbewerbsintensität in Deutschland hielt der Druck auf die Zinsspanne an. In den übrigen Regionen konnten wir zwar die Zinsspanne verbessern, sie liegt aber dennoch unterhalb der inländischen Spanne. Da nach der Übertragung der Bank-Austria-Auslandsniederlassungen der Anteil des Zinsgeschäfts mit niedrigerer Spanne zugenommen hat, verringerte sich die Zinsspanne insgesamt von 1,05% auf 0,97%.

**Provisionsüberschuss** | Der Provisionsüberschuss reduzierte sich gegenüber dem Vorjahr um 16,9% auf 1028 Mio €. Die schlechte Verfassung der internationalen Aktienbörsen und die Zurückhaltung im Emis-sionsgeschäft haben zu deutlich rückläufigen Erträgen im Wertpapier- und Depotgeschäft geführt. Die Provisionen aus dem Absatz von Publikumsfonds und ähnlichen Produkten blieben unter denen des Vorjahres. Erhöht haben sich dagegen die Erträge aus dem Vermittlungs-geschäft und aus Beratungstätigkeit. Positiv wirkte sich dabei bereits die strategische Partnerschaft mit der Münchener Rückversicherungs-Gruppe aus. Die Erträge aus der Vermittlung von Lebens- und Sachversicherungen mit unseren neuen Versicherungspartnern konnten um rund ein Drittel gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden.

Der Anteil des Provisionsüberschusses an den gesamten operativen Erträgen verringerte sich von 24,7% auf 19,2%.

**Nettoergebnis aus Finanzgeschäften** | Das Nettoergebnis aus Finanzgeschäften, das sich auf 328 Mio € belief, wurde auch durch die Turbulenzen an den internationalen Börsen beeinträchtigt. Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr war auf das kursbezogene Geschäft zurückzuführen.

**Verwaltungs-aufwendungen** | Der Verwaltungsaufwand stieg im Berichtsjahr entsprechend unseren Planungen um 13,6% auf 3538 Mio €. Die Erhöhung resultierte unter anderem aus den ausländischen Niederlassungen nach der Übernahme der Bank-Austria-Einheiten. Dabei stieg der Personalaufwand um 3,7% auf 1782 Mio € unterproportional. Entlastend wirkten sich die Ausgliederungen des IT-Bereiches in die HVB Systems und des Teilbetriebs Bauten und Betrieb in die HVB Gesellschaft für Gebäude aus. Die anderen Verwaltungsaufwendungen inklusive der Abschreibun-gen auf Sachanlagen erhöhten sich dagegen um 25,8% auf 1756 Mio € überproportional. Dies ist vor allem auf die verstärkte Inanspruchnahme von Dienstleis-tungen der zum Teil neu ausgegründeten Tochtergesell-schaften zurückzuführen, die insbesondere die deutlich höheren IT- und Mietaufwendungen erklärt.

Da der Verwaltungsaufwand wesentlich stärker stieg als die gesamten operativen Erträge, verschlechterte sich die Cost-Income-Ratio auf 65,9% (2000: 62,2% einschließlich E-Commerce-Aufwendungen).

**Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge/ Aufwendungen** | Durch die Verschmelzung eines in 2001 gegründeten Finanzunternehmens, mit dem wir einen Teil der strategischen Aktienbestände abgesichert und kurzfristigen Geld-handel betrieben hatten, ist ein Ertrag in Höhe von 555 Mio € entstanden, der im Saldo der sonstigen be-trieblichen Erträge/Aufwendungen (547 Mio €) aus-gewiesen wird.

**Risikovorsorge** | Auf Grund der konjunkturellen Entwick-lung stieg die Zahl der Insolvenzen vor allem in Deutschland im vergangenen Jahr stark an. Zudem erforderten die weltweiten Auswirkungen der Terroranschläge in den USA sowie die sich zuspitzende Finanzkrise in Argentinien eine Neubewertung der Risiken unserer nationalen und internationalen Aus-leihungen. Vor diesem Hintergrund erhöhten wir das Bewertungsergebnis Kreditgeschäft um 19,2% auf 934 Mio €.

Das Ergebnis aus dem Liquiditätsvorsorgebestand belief sich auf 57 Mio € nach 2 Mio € im Vorjahr.

**Betriebsergebnis** | Der höhere Verwaltungsaufwand und die gestiegene Risikovorsorge belasteten das Betriebsergebnis. Es liegt mit 951 Mio € um 14,4% unter dem Vorjahreswert.

#### Sonstiges Geschäft

Im Saldo sonstiges Geschäft weisen wir einen Aufwand in Höhe von 64 Mio € (Vorjahr 59 Mio €) aus. Das Ergebnis wurde unter anderem durch Erlöse aus der Veräußerung von Tochterunternehmen (Foreign & Colonial, FGH Bank) und Beteiligungen sowie niedrigere Verlustübernahmen (91 Mio € nach 108 Mio €) begünstigt. Darüber hinaus haben wir den zu Beginn des Berichtsjahres noch bestehenden Sonderposten mit Rücklageanteil in Höhe von 96 Mio € vollständig aufgelöst. Belastend wirkten unter anderem höhere Abschreibungen auf unseren Anteilsbesitz.

#### Steuern

Der Aufwand für Steuern vom Einkommen und vom Ertrag hat sich trotz des rückläufigen Ergebnisses überwiegend wegen der Auflösung von aktivierten latenten Steuern um 46,6% auf 311 Mio € erhöht. Die sonstigen Steuern beliefen sich auf 19 Mio €.

#### Jahresüberschuss

Der Jahresüberschuss lag 2001 mit 557 Mio € um 21,1% unter dem Vorjahreswert. Die Eigenkapitalrentabilität nach Steuern beträgt 3,1% (2000: 5,1%).

Aus dem Jahresüberschuss wurden 100 Mio € in die Gewinnrücklagen eingestellt. Der Hauptversammlung am 23. Mai 2002 schlagen wir vor zu beschließen, aus dem verbleibenden Bilanzgewinn von 457 Mio € einen Vorausgewinnanteil von 0,08 € je stimmrechtslose Vorzugsaktie (insgesamt 1,2 Mio €) und eine Dividende von 0,85 € je Stammaktie und je stimmrechtslose Vorzugsaktie zu zahlen. Die Ausschüttungssumme macht 82,0% des Jahresüberschusses aus (2000: 64,6%). Durch die geänderte Steuergesetzgebung ist die anrechenbare Steuergutschrift weggefallen. Stattdessen gilt für unsere inländischen Aktionäre das Halbeinkünfteverfahren. Demnach zählt nur noch die Hälfte der ausgezahlten Dividende zum steuerpflichtigen Einkommen, die andere Hälfte unterliegt nicht der Einkommensteuer.

### 3. BILANZ

#### Volumensentwicklung

Die Bilanzsumme der HypoVereinsbank AG belief sich zum

31. Dezember 2001 auf 378,1 Mrd €, das sind 12,4% mehr als im Vorjahr. Der Anstieg resultierte im Wesentlichen aus Forderungen an Kreditinstitute und Kunden sowie aus Wertpapieren.

Das Kreditvolumen (Kredite an Kreditinstitute und Kunden sowie Wechselkredite) haben wir auf 215,2 Mrd € (+ 5,3%) ausgeweitet, davon entfielen 22,1 Mrd € (- 8,7%) auf Kommunkredite und 111,4 Mrd € (+1,6%) auf Hypothekendarlehen. Dabei stieg der Anteil der Wohnbaufinanzierungen von 71,6% auf 72,4%, der Anteil der gewerblichen Finanzierungen fiel entsprechend von 28,4% auf 27,6%.

Die Bestände an Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren haben wir um 29,3% auf 65,9 Mrd € aufgestockt, während wir Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere um 16,8% auf 8,8 Mrd € reduzierten.

Die Sachanlagen verminderten sich um 743 Mio € (- 67,7%) auf 354 Mio €. Der Rückgang resultierte im Wesentlichen aus der Ausgliederung von Teilen des Dienstleistungsbereichs Bankbetrieb in die HVB Gesellschaft für Gebäude.

#### Refinanzierung

Zur Refinanzierung des Aktivgeschäfts hatten wir vor allem die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (+ 20,8%) und die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (+ 15,6%) aufgestockt. Die verbrieften Verbindlichkeiten nahmen um 8,1% zu.

Unsere Eigenkapitalbasis haben wir um 148 Mio € verstärkt, hiervon stammen 100 Mio € aus der Zuführung zu den Gewinnrücklagen.

#### Risikoaktiva und Marktrisikopositionen

Die Risikoaktiva der HypoVereinsbank AG sind im Jahr 2001 um 8,7% auf 196,7 Mrd € gewachsen. Die Marktrisikopositionen beliefen sich auf 2,7 Mrd € (2000: 2,8 Mrd €). Hier wirkte die Einführung des internen Modells für allgemeine Zinsrisiken und Optionsrisiken entlastend.

#### Kernkapital und Eigenmittel

Im Berichtsjahr reduzierte sich das Kernkapital nach festgestelltem Jahresabschluss um 1,7% auf 17,5 Mrd €. Die Eigenmittel, die neben dem haftenden Eigenkapital (27,0 Mrd €) auch die so genannten Drittrangmittel (1,9 Mrd €) einschließen, verringerten sich um 1,7% auf 29,0 Mrd €. Die Kernkapitalquote belief sich auf 8,9% nach 9,8% im Vorjahr; die Eigenmittelquote reduzierte sich auf 12,6% (2000: 13,6%). Kapitalerhöhungen zur Unterlegung unseres organischen Wachstums wollen wir auch künftig vermeiden.

### 4. GESCHÄFTSSTELLEN

Die HypoVereinsbank AG unterhielt am Jahresende 546 Geschäftsstellen. Unser inländisches Filialnetz reduzierte sich durch Schließungen und Zusammenlegungen um 99 auf 523 Geschäftsstellen. Allein in Bayern zählten wir 53 Geschäftsstellen weniger als im Vorjahr; in Berlin und den neuen Bundesländern hat sich die Anzahl der Filialen halbiert. Im Ausland haben wir eine neue Geschäftsstelle in Stockholm sowie eine Repräsentanz in Sydney eröffnet und unsere Niederlassung in Zagreb an die Bank Austria übertragen.

## 5. VORGÄNGE NACH DEM 31. DEZEMBER 2001

Im Zusammenhang mit dem in 2001 vereinbarten Anteilstausch zwischen der Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft und der Allianz und zur Festigung unserer Kooperation mit der Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft haben wir am Jahresanfang 2002 unseren Anteil an der ERGO auf fast 5% aufgestockt und unsere mittelbar über die Vermo Vermögensverwaltungsgesellschaft gehaltene Beteiligung an der Dresdner Bank veräußert.

Im Jahr 2000 hatte die VI-Industrie-Beteiligungsgesellschaft, an der wir mit über 50% beteiligt sind, E.ON-Aktien per Termin verkauft. Dieses Termingeschäft wurde im Februar 2002 vereinbarungsgemäß abgewickelt. Die VI-Industrie-Beteiligungsgesellschaft wird daraufhin eine Sonder-Dividende in Höhe des Veräußerungsgewinns an uns ausschütten.

Nach eineinhalb Jahren intensiver Vorbereitungen verlief die Euro-Bargeldeinführung bei uns rundum erfolgreich. Unsere Geschäftskunden hatten wir bereits vor dem Jahreswechsel rechtzeitig und ausreichend mit der neuen Währung versorgt. Fast alle Geldautomaten gaben ab 0 Uhr am 1. Januar 2002 Euro aus. Unsere Filialen bewältigten in den ersten Tagen des neuen Jahres – überwiegend als Wechselstuben – fast das Dreifache eines normalen Jahresultimogeschäfts. Die Umstellung der Konten verlief problemlos.

Mit Wirkung Ende Februar 2002 haben wir 3,8 Mio Aktien der HVB Real Estate Bank erworben und dadurch unseren Anteil um 7,4% auf 80,8% erhöht.

Unsere Anteile an der Westfalenbank werden wir im Laufe des Jahres 2002 teilweise gegen Gewährung von Gesellschaftsrechten veräußern.

## GESCHÄFTSSTELLEN NACH REGIONEN

	2000	Zugänge		Abgänge		2001
		Neueröffnungen	Schließungen	Zusammenlegungen		
<b>Deutschland</b>						
Baden-Württemberg	27	1	2	2	24	
Bayern	445	—	15	38	392	
Berlin	21	—	—	12	9	
Brandenburg	11	—	3	—	8	
Bremen	—	—	—	—	—	
Hamburg	—	—	—	—	—	
Hessen	13	—	1	—	12	
Mecklenburg-Vorpommern	—	—	—	—	—	
Niedersachsen	—	—	—	—	—	
Nordrhein-Westfalen	20	1	—	—	21	
Rheinland-Pfalz	24	—	2	—	22	
Saarland	10	—	—	—	10	
Sachsen	22	—	10	2	10	
Sachsen-Anhalt	12	—	2	4	6	
Schleswig-Holstein	—	—	—	—	—	
Thüringen	17	—	8	—	9	
<b>Zwischensumme</b>	<b>622</b>	<b>2</b>	<b>43</b>	<b>58</b>	<b>523</b>	
<b>übrige Regionen</b>						
Europa	7	1	1	—	7	
Amerika	5	—	—	—	5	
Asien	9	—	—	—	9	
Afrika	1	—	—	—	1	
Australien	—	1	—	—	1	
<b>Zwischensumme</b>	<b>22</b>	<b>2</b>	<b>1</b>	<b>—</b>	<b>23</b>	
<b>Insgesamt</b>	<b>644</b>	<b>4</b>	<b>44</b>	<b>58</b>	<b>546</b>	

## 6. AUSBLICK

Die Prognosen, die sich auf die zukünftige Entwicklung der HypoVereinsbank AG beziehen, stellen Einschätzungen dar, die wir auf Basis aller uns zum jetzigen Zeitpunkt zur Verfügung stehenden Informationen getroffen haben. Sollten die den Prognosen zu Grunde gelegten Annahmen nicht eintreffen oder Risiken – wie die im Risikobericht angesprochenen – in nicht kalkulierter Höhe eintreten, so können die tatsächlichen Ergebnisse von den zur Zeit erwarteten Ergebnissen abweichen. Der gesamtwirtschaftliche Ausblick für 2002, den wir unseren Planungen zu Grunde gelegt haben, ist im Konzernabschluss, Band Jahresbericht, Kapitel »Gesamtwirtschaftliche Entwicklung und Ergebnisausblick«, ausführlich dargelegt.

Das wirtschaftliche Umfeld für das Bankgeschäft bleibt auch im Jahr 2002 schwierig, die konjunkturellen Aussichten sind verhalten, an den internationalen Kapitalmärkten ist eher eine Seitwärtsbewegung als ein gut fundierter Aufschwung zu beobachten. Allerdings haben wir uns durch den Innenausbau der HVB Group auf die veränderten Marktbedingungen gut vorbereitet und uns quasi eine eigene Konjunktur geschaffen.

Die operativen Erträge wollen wir insgesamt spürbar steigern. Hierzu sollen die drei wichtigsten Ertragsquellen – der Zinsüberschuss, der Provisionsüberschuss und der Nettoerfolg aus Finanzgeschäften – beitragen. Dabei erwarten wir im Zinsüberschuss eine Fortsetzung des bereits im vergangenen Jahr begonnenen Trends steigender Margen im Aktivgeschäft, insbesondere im Kreditgeschäft mit gewerblichen Immobilienfinanzierungskunden im In- und Ausland sowie Mittelstandskunden. Begünstigt wird der Zinsüberschuss 2002 auch wie bereits im Vorjahr durch hohe Sondererträge aus unserem Anteilsbesitz, insbesondere die Sonder-Dividende der VI-Industrie-Beteiligungsgesellschaft. Demgegenüber werden diese positiven Effekte teilweise kompensiert durch eine verteuerte Refinanzierung, höhere Zinslosstellungen infolge der steigenden Zahl von Unternehmensinsolvenzen und das limitierte Wachstum der Risikoaktiva. Insgesamt erwarten wir eine leichte Steigerung gegenüber dem Vorjahr. Beim Provisionsüberschuss rechnen wir mit einem kräftigen Wachstum, das von einem wieder besseren Wertpapiergeschäft getragen werden soll. Der Anstieg des Provisionsüberschusses wird nach unseren Planungen stärker ausfallen als die Steigerung der gesamten operativen Erträge.

Dadurch soll der Anteil des Provisionsüberschusses an den gesamten operativen Erträgen auf über 20% steigen. Nach dem Abklingen der Börseneuphorie und den Folgen der Terroranschläge vom 11. September 2001 rechnen wir damit, dass wieder Normalität an den Kapitalmärkten eintritt und fundamentale Faktoren an Bedeutung gewinnen. Wir sind auf die geänderten Rahmenbedingungen gut vorbereitet und wollen den Nettoerfolg aus Finanzgeschäften – ausgehend von dem bisher niedrigen Niveau – spürbar steigern, wobei wir auch für das Jahr 2002 von einem noch gebremsten Geschäft mit Eigenkapitalprodukten ausgehen müssen. Die sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen waren in 2001 durch einen Sonderertrag aus der Verschmelzung eines Finanzunternehmens in Höhe von 555 Mio € geprägt. Im Jahr 2002 erwarten wir einen weiteren Ertrag aus der Absicherung der Reserven eines Teils unserer strategischen Aktienbestände, wenn auch nicht ganz in Vorjahreshöhe.

Die Verwaltungsaufwendungen werden trotz erheblicher Restrukturierungskosten vor allem im Privatkundengeschäft in Deutschland nicht steigen. Der Anstieg der operativen Erträge führt deshalb zu einer deutlichen Verbesserung der Cost-Income-Ratio.

Durch die konjunkturelle Entwicklung und die hohe Zahl der Unternehmensinsolvenzen sehen wir bei der Risikovorsorge noch keine Entspannung. Das Bewertungsergebnis Kreditgeschäft nimmt noch einmal zu und wird durch ein niedrigeres Liquiditätsvorsorgeergebnis weniger entlastet als im Vorjahr.

Im sonstigen Geschäft erwarten wir aus der Veräußerung unserer Vermo-Anteile einen beachtlichen steuerfreien Gewinn sowie Belastungen durch die Abschreibung des Goodwill der von der Bank Austria übernommenen Auslandseinheiten.

Insgesamt rechnen wir auf Grund der beschriebenen Entwicklungen für das Jahr 2002 mit einem kräftigen Anstieg des Jahresüberschusses, der neben der Zahlung einer angemessenen Dividende auch wieder eine deutliche Dotierung unserer Rücklagen und damit die Stärkung unserer Kapitalbasis erlauben wird.

# Risikobericht

## 1. INTEGRIERTER ANSATZ DER RISIKOÜBERWACHUNG UND -STEUERUNG

Die Anforderungen sowohl des Marktes als auch der Aufsichtsbehörden und Gesetzgeber an ein funktionsfähiges und effizientes System der Risikoüberwachung

Konzernweites  
Steuerungssystem

und -steuerung nehmen nicht nur kontinuierlich zu, dessen Ausgestaltung und Wirksamkeit werden auch zunehmend zu einem wichtigen Beurteilungskriterium.

Die HVB Group hat daher bereits vor mehreren Jahren ein umfassendes System der Risikoüberwachung und -steuerung implementiert, welches integrativer Bestandteil der in unserem Hause bestehenden Planungs-, Steuerungs- und Kontrollprozesse ist und dessen laufende Weiterentwicklung einen zentralen Schwerpunkt für die Bank darstellt.

Die Kernfunktionen der Risikoidentifikation, Risikoanalyse und -bewertung sowie der laufenden Überwachung und Steuerung werden in erster Linie durch folgende organisatorische Einheiten wahrgenommen:

### Zentrales Risikocontrolling

Unser zentrales Konzernrisikocontrolling ist als neutrale und unabhängige Einheit dem für Rechnungswesen und Controlling, Revision und Risikocontrolling zuständigen Vorstand unterstellt.

- Dessen Aufgaben und Kompetenzen umfassen die:
- laufende, unabhängige Risikomessung und -überwachung in allen Risikoarten,
  - Verantwortung für die jeweiligen Messmethoden inkl. (Weiter-)Entwicklung entsprechender Modelle,
  - regelmäßige Berichterstattung an den Vorstand,
  - Umsetzung einheitlicher Risikocontrollingstandards im Konzern,
  - konzernweite Risikokapitalallokation und Aggregation der Einzelrisiken zu einem Gesamtbankrisiko,
  - Umsetzung aller entsprechenden gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen.

Des Weiteren sind in allen Auslandsniederlassungen dezentrale Risikocontroller tätig, der Zentralbereich übt hierbei ein fachliches Weisungsrecht aus.

### Dezentrales Risikomanagement

Die operative Risikosteuerung spezifischer Portfolien erfolgt dezentral in den Risikomanagementeinheiten der Unternehmensbereiche. Auf Basis laufender Risikoanalysen und nach Maßgabe der vom Vorstand festgelegten geschäftspolitischen Leitlinien und Risiko-grundsätze erfolgt hier die Portfoliooptimierung und -diversifizierung unter Risiko-, Ertrags- und Konzentra-tions Gesichtspunkten. Grundlage hierfür ist ein enges Zusammenspiel und ein laufender Informations-austausch zwischen dem Risikocontrolling und dem Risikomanagement.

Um eine noch unmittelbarere und schlagkräftigere Umsetzung unserer Risikomes- und Risikoanalyse-ergebnisse in geschäftswirksame Steuerungsmaßnah-men zu erreichen, haben wir ab 2002 das Controlling und bereichsübergreifende Management von Risiken unter dem Dach eines Chief Risk Officers zusammen-gefasst.

### Neue Organisations- und Führungsstruktur

In der im laufenden Geschäftsjahr neu geschaffenen Führungsstruktur obliegen dem Konzernvorstand die Verantwortung für das Geschäftsfeldportfolio des Konzerns, die Kapital- und Ressourcenallokation in der Gruppe, aber auch ein starkes Controlling der operativen Performance der Geschäftsfelder sowie der eingegangenen Risiken.

Das Controlling der Risiken erfolgt demzufolge weiterhin zentral vom so genannten Corporate Center aus unter der neuen Position des Chief Risk Officers (CRO). Unter dem CRO wird im Rahmen des Risikocontrolling eine umfassende Evidenz über die Risikosituation der Bank, eine einheitliche Risikobeurteilung und kostenmäßige Bewertung von Risiken sichergestellt.

Darüber hinaus ist der CRO über den Chief Credit Risk Officer verantwortlich für das Kreditportfoliomanage-ment und initiiert unter anderem aus dieser Funktion Eigenkapital entlastende Maßnahmen. Der Chief Credit Risk Officer führt auch die Organisation der Senior Risk Manager als Linienvorgesetzter (Zustimmungspflicht und Ratingvergabe ab bestimmter Kreditgrößenordnung) und hat des Weiteren die fachliche Führung der gesam-ten Kreditorganisation inne.

Der Chief Market Risk Officer zeichnet sich verantwort-lich für die kurz- und langfristige Liquiditätssicherung, das Funding-Management sowie das Aktiv-Passiv-Management.

### Konzernrevision

Alle Aktivitäten der Konzernrevision sind darauf ausgerichtet, präventiv Schaden für die Bank und ihre Kunden zu vermeiden. Als unabhängiger organisato-rischer Bereich berichtet die Konzernrevision direkt an den Vorstand.

Die im Januar 2000 vom Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen veröffentlichten Mindestanforderungen an die Ausgestaltung der Internen Revision der Kredit-institute (MaI) enthalten die grundsätzliche Verpflich-tung zur Prüfung aller Betriebs- und Geschäftsabläufe innerhalb von drei Jahren – sofern sinnvoll/angemes-sen – und zur mindestens jährlichen Prüfung aller Betriebs- und Geschäftsabläufe, die einem besonderen Risiko unterliegen.



In dem Bestreben, die risikoorientierte Prüfungsplanung permanent zu optimieren, wurde im Jahr 2001 ein Risk- and Control-Assessment (RCA) entwickelt und erstmals für die Prüfungsplanung des Jahres 2002 eingesetzt.

Risikoorientierte Prüfungsplanung

In der Initialphase waren sämtliche Prüfungseinheiten der Bank (organisatorische Einheiten, Prozesse, Systeme etc.) einzuwerten; künftig wird nach jeder Prüfung ein neues RCA durchgeführt. Das neue Revisions-Tool ist neben weiteren Datenbanken zur Planung und Maßnahmenverfolgung wesentlicher Bestandteil eines umfassenden Revisions-Management-Systems, an dessen stetiger Verbesserung und Aktualisierung kontinuierlich gearbeitet wird.

Einen weiteren Meilenstein stellte die Fertigstellung und Produktionsaufnahme der ersten Stufe des Projektes Elektronische Prüfungsunterstützung (EPU) dar. Damit verfügt die Konzernrevision über ein modernes Instrumentarium zur Generierung differenzierten Datamaterials für eine individuelle, risikoorientierte Prüfungsvorbereitung.

Die Prüfungskonzepte werden laufend den Veränderungen im Unternehmen wie auch an Marktstandards angepasst.

## 2. GESAMTBANKSTEUERUNG

### Unternehmenswertsteigerung durch gezielten Kapitaleinsatz

Im Fokus unserer internen kapitalmarktorientierten Steuerung steht der gezielte Einsatz unseres Kapitals in renditestarke Geschäftsfelder. Im Rahmen unseres dualen Steuerungsprinzips wird den Geschäftseinheiten sowohl regulatorisches Kapital im Sinne von gebundenem Kernkapital als auch ökonomisches Risikokapital

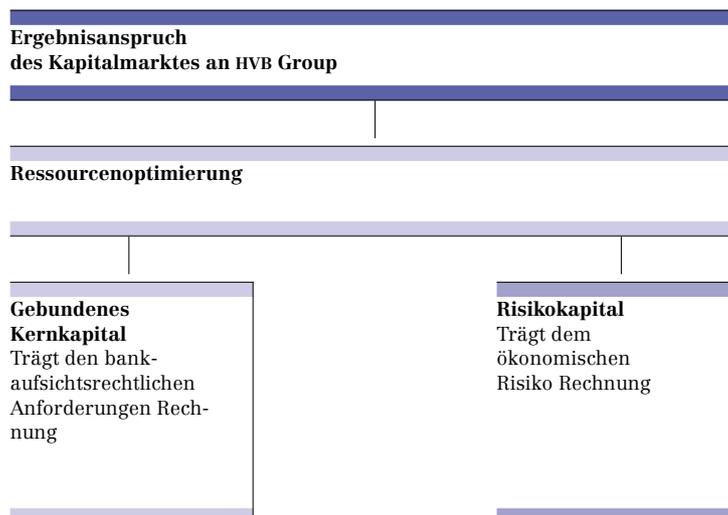
Shareholder-Value-Orientierung

zugeteilt. Beide Ressourcen sind mit entsprechenden Verzinsungsansprüchen

belegt, welche von den Renditeerwartungen des Kapitalmarktes abgeleitet werden und von den Einheiten zu erwirtschaften sind. Die (Über-)Erfüllung dieser Verzinsungsansprüche und ihre Veränderung im Zeitablauf ist als so genannter Wertbeitrag eine maßgebliche Steuerungsgröße im gesamten Konzern.

#### a) Gebundenes Kernkapital

Die regulatorische Kapitalbindung der einzelnen Unternehmensbereiche wird auf Basis des von diesen Einheiten nach den Vorschriften des Grundsatzes I zu §10 KWG gebundenen Kernkapitals ermittelt. Hierbei wird nicht die durch das KWG vorgeschriebene Mindestunterlegung von 4,4% herangezogen (bei Berücksichtigung von unrealisierten Reserven), sondern eine Quote von 6,2% (inkl. Kernkapitalpuffer). Bei der Berechnung der regulatorischen Kapitalbindung für Marktrisiken berücksichtigen wir einen analogen Kernkapitalpuffer.



#### b) Risikokapital

In der HVB Group differenzieren wir im Risikocontrolling und -management nach folgenden Risikoarten:

- Adressrisiken,
- Liquiditätsrisiken,
- Marktrisiken,
- Operational Risk,
- Geschäftsrisiken,
- Risiken aus bankeigenem Immobilienbesitz,
- Risiken aus Anteils-/Beteiligungsbesitz,
- Strategische Risiken.

Einheitliche Risiko-quantifizierung

Mit Ausnahme der Liquiditätsrisiken und der strategischen Risiken messen wir

alle Risikoarten nach einem konsistenten Value-at-Risk-Ansatz, bei dem die potenziellen unerwarteten Verluste mit einem Konfidenzniveau von 99% ermittelt werden.

Auf Basis dieser einheitlichen Quantifizierung erfolgt die Risikokapitalallokation, welche sich generell auf einen Zeitraum von einem Jahr erstreckt. Die Ermittlung des für die Unternehmensbereiche jeweils geplanten Risikokapitals wird im Rahmen des jährlichen Planungsprozesses und in engem Zusammenspiel zwischen dem Konzernrisikocontrolling und den einzelnen Geschäftseinheiten vorgenommen. Nach Entscheidung durch den Gesamtvorstand werden die Kapitalgrößen in den Steuerungs- und Reportinginstrumenten der Bank verankert.

Die Liquiditätsrisiken unterliegen ebenfalls einer laufenden Überwachung, jedoch keiner Steuerung über Risikokapital. Hier erfolgt das Management im Rahmen des Marktrisikos bzw. über zusätzliche andere Steuerungsinstrumente.

#### RISIKOKAPITAL NACH PORTFOLIOEFFEKTEN PER 31. 12. 2001

<b>Aufteilung nach Risikoarten</b>		
Risikoart	in Mio €	in %
Marktrisiko	271	2,8
Adressrisiko	936	9,7
Geschäftsrisiko	386	4,0
Operational Risk	360	3,8
Risiken aus bankeigenem Immobilienbesitz	—	—
Risiken aus Anteils-/Beteiligungsbesitz	7 649	79,7
<b>Summe</b>	<b>9 602</b>	<b>100,0</b>

<b>Aufteilung nach Unternehmensbereichen</b>		
Unternehmensbereiche	in Mio €	in %
PuG	472	4,9
FKD	710	7,4
IFK	258	2,7
INM	378	3,9
ASM	26	0,3
WIM	39	0,4
Sonstige (inkl. nicht den Unternehmensbereichen zugeordnete Finanzanlagen)	7 719	80,4
<b>Summe</b>	<b>9 602</b>	<b>100,0</b>

Möglichen strategischen Risiken begegnet unser Haus, indem wir die Marktentwicklungen in den einzelnen Geschäftsfeldern laufend beobachten und Veränderungen aktiv mitgestalten. Dies geschieht zumeist in speziell aufgesetzten Projekten, die regelmäßig an den Vorstand berichten. Im Rahmen unseres jährlichen Planungsprozesses erfolgt eine gesamthafte Darstellung und Überprüfung aller Geschäftsfeldstrategien inkl. der zugrunde liegenden Geschäftspläne.

**Gesamtrisikokapital** | Wir aggregieren die gesamten Risiken unter Berücksichtigung Risiko mindern- der Portfolioeffekte (Diversifikationseffekte). Das entsprechende Gesamtrisikokapital (inkl. Risiken aus Anteils-/Beteiligungsbesitz) wird regelmäßig im Rahmen einer Risikotragfähigkeitsanalyse der zur Verfügung stehenden Risikodeckungsmasse gegenübergestellt. Diese setzt sich zusammen aus Eigenmitteln, Kurswert- und Grundstücksreserven sowie einem nachhaltig erzielbaren Jahresergebnis. Die Kurswertreserven werden hierbei auf Basis rollierender Jahresdurchschnittskurse ermittelt, die Grundstücksreserven auf Stichtagsbasis. Die Risikodeckungsmasse beläuft sich zum Jahresende auf ca. 39 Mrd €. Bei einem Gesamtrisikokapital in Höhe von 9,6 Mrd € ergibt sich damit eine Auslastung von nur einem Viertel.

#### Steuerung der gesetzlichen Eigenkapitalausstattung

Im Rahmen der Steuerung unseres gesetzlichen Eigenkapitals orientieren wir uns an drei Kapitalquoten, für

**Kapitalquoten** | die wir intern Mindestwerte festgelegt haben. Es handelt sich hierbei um folgende Quoten:

- Kernkapitalerfüllungsquote (Verhältnis aus unserem tatsächlich vorhandenen zu dem gesetzlich mindestens geforderten Kernkapital),
- Eigenkapitalquote (Verhältnis aus haftendem Eigenkapital zu den Risikoaktiva),
- Eigenmittelquote (Verhältnis aus Eigenmitteln zur Summe aus Risikoaktiva und den mit dem Faktor 12,5 gewichteten Marktrisikopositionen).

Da die aufsichtsrechtlich berechneten Risiken, aber auch die Eigenkapitalbestandteile volatilitätsbehaftet sind (Schwankung der Marktrisikopositionen, der Risikoaktiva, marktbedingte Änderung der Neubewertungsreserven etc.), berücksichtigen wir diese Volatilität bei der Planung der drei genannten Quoten und nehmen dabei in Kauf, dass die Quoten das gewünschte Maß unter Umständen deutlich überschreiten.

Zur Bestimmung der angemessenen Eigenkapitalausstattung haben wir im Wesentlichen folgenden Prozess definiert:

- Neben einer einmal im Jahr erstellten 3-Jahresplanung unserer Quoten nach BIZ und Grundsatz 1 führen wir zusätzlich monatlich eine rollierende 8-Quartale-Projektion zur unterjährigen Prognose unserer BIZ-Quoten durch.
- Ein Vorstandsgremium (Group Asset & Liability Committee) wird monatlich über die Ist-Quoten und wesentlichen Ist-Effekte informiert und entscheidet bei spürbaren Plan-Ist-Abweichungen über entsprechende Maßnahmen.

### **3. ÜBERWACHUNG UND STEUERUNG DER RISIKEN**

Der Überwachung und Steuerung unserer Risiken liegen eine institutionalisierte Organisationsstruktur mit definierten Prozessen und Verantwortlichkeiten sowie spezifische Messverfahren und -systeme zugrunde.

#### a) Adressrisiken

Unter Adressrisiken verstehen wir mögliche Wertverluste, die durch den Ausfall oder durch Bonitätsverschlechterungen von Kunden entstehen können. Sie untergliedern sich in Kredit-, Kontrahenten-, Emittenten- und Länderrisiken.

#### Darstellung der Adressrisiken im Jahresabschluss

Als Kreditrisiken bezeichnen wir die möglichen Wertverluste im kommerziellen Kreditgeschäft.

**Kreditrisikovorsorge** | Für diese haben wir im Jahr 2001 eine Kreditrisikovorsorge in Höhe von insgesamt 862 Mio € gebildet. Davon entfallen auf die Unternehmensbereiche Firmenkundengeschäft 392 Mio €, Privatkundengeschäft 238 Mio €, Immobilienfinanzierungsgeschäft und Immobilienkunden 290 Mio € sowie International Markets 71 Mio €; im Bereich Workout Immobilien haben wir Wertberichtigungen in Höhe von 140 Mio € aufgelöst. (Das Bewertungsergebnis Kreditgeschäft in der Gewinn- und Verlustrechnung beläuft sich inklusive Zuführungen zu Länderwertberichtigungen auf 934 Mio €).

Der Unternehmensbereich Workout Immobilien hat den Auftrag, sein gesamtes Portfolio schnellstmöglich und optimal abzubauen sowie durch ein spezielles Risikomanagement weitere Verluste zu vermeiden. Im Jahr 2001 haben wir ein Volumen von 2,2 Mrd € zurückgeführt. Über weitere Objektverkäufe zur Volumensrückführung stehen wir in Verhandlungen. Der gesamte Bestand an Wertberichtigungen auf die Engagements in diesem Unternehmensbereich beläuft sich auf 2,1 Mrd €. Das entspricht einer Wertberichtigungsquote von rund 38%.

#### Länderrisiko

Als Länderrisiko erfassen wir das Transfer- und Konvertierungsrisiko aus nicht einzelwertberechtigten Finanzkrediten (Laufzeit über ein Jahr) abzüglich werthaltiger Sicherheiten.

Die Länderrisiken haben sich im Jahr 2001 im Vergleich zum Vorjahr insbesondere durch die sich zuspitzende Finanzkrise in Argentinien erhöht. Das risikobehaftete Kreditvolumen erhöhte sich im Berichtsjahr durch Argentinien-Kredite um 120 Mio € auf 334 Mio €.

Der Bestand an Länderwertberichtigungen stieg von 154 Mio € auf 225 Mio €. Davon entfielen 2 Mio € auf Abbuchungen (erfolgsneutral) und 72 Mio € auf Nettozuführungen.

Unser gesamter Wertberichtigungsbestand ermäßigte sich im Jahr 2001 unter Berücksichtigung von Abbuchungen zu Lasten des Bestands in Höhe von 1,8 Mrd € insgesamt um 0,5 Mrd € auf 6,9 Mrd €. Wir haben damit sämtlichen Risiken in unserem Kreditgeschäft adäquat Rechnung getragen. Die Methoden zur Bewertung unserer Forderungen sind im Anhang dargestellt.

#### Kontrahentenrisiko

Als Kontrahentenrisiken bezeichnen wir mögliche Wertverluste, die durch den

Ausfall oder durch Bonitätsverschlechterungen von Kunden entstehen, mit denen wir zins- und fremdwährungs- sowie aktien- und indexbezogene Termingeschäfte getätigt haben, welche am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelt waren. Diese Geschäfte wurden überwiegend zur Steuerung von Zins-, Wechselkurs- oder sonstigen Marktpreisschwankungen aus Handelsgeschäften abgeschlossen. Daneben dienten sie unter anderem zur Sicherung von bilanzwirksamen und/oder bilanzunwirksamen Positionen im Rahmen der Aktiv-/Passiv-Steuerung.

Zum Jahresende 2001 betrug das Nominalvolumen der derivativen Geschäfte 1705 Mrd €.

Das Derivatevolumen setzt sich zusammen aus 1428,6 Mrd € zinsbezogenen Geschäften (83,8%), 229,5 Mrd € währungsbezogenen Geschäften (13,5%) und 46,5 Mrd € aktien-/indexbezogenen Geschäften (2,7%). In diesen Werten nicht enthalten sind die Kreditderivate, da diese nachfolgend separat dargestellt werden.

Bezogen auf die Fristigkeit entfiel der größte Teil des Kontraktvolumens auf das kürzeste Restlaufzeitband (bis 1 Jahr). Die an Terminbörsen gehandelten Derivate haben am Gesamtvolumen einen Anteil von 8,2%. Dieser vergleichsweise geringe Anteil erklärt sich unter anderem daraus, dass eine Risikoneutralisierung durch eine (Volumen reduzierende) Glattstellung der Kontrakte erreicht werden kann, während im OTC-Geschäft in der Regel der Aufbau einer (Volumen erhöhenden) Gegenposition vorgenommen wird.

Anhand des Nominalvolumens können noch keine Aussagen über den Risikogehalt unseres Derivategeschäfts getroffen werden. Als ein aussagefähiger Maßstab für die im Risiko stehenden Beträge werden die Bruttowiederbeschaffungswerte der OTC-Geschäfte herangezogen. Diese errechnen sich nach der Marktwertmethode als Summe aller positiven Marktwerte, ohne Berücksichtigung von Risiko reduzierenden Nettingvereinbarungen und ohne individuelle Bonitätsgewichtung. Das so definierte maximale Kontrahentenrisiko belief sich zum Jahresende 2001 mit 27,0 Mrd € auf 1,6% des ausstehenden Nominalvolumens. Dieser Wert ergibt sich allerdings aus einer Worst-Case-Betrachtung, da angenommen wird, dass alle Kontrahenten gleichzeitig ausfallen und keine Risiko reduzierenden Nettingvereinbarungen abgeschlossen wurden. Unter Berücksichtigung des Risiko reduzierenden Effekts der bestehenden Nettingvereinbarungen vermindert sich das Kontrahentenrisiko zum Jahresende 2001 um 14,3 Mrd €. Darüber hinaus führt die Hereinnahme von Sicherheiten im OTC-Geschäft zu einer weiteren Senkung der Kontrahentenrisiken; per Jahresende 2001 belief sich dieser Effekt auf etwa 0,2 Mrd €. Nach Ansatz dieser entlastenden Effekte aus Netting bzw. erhaltenen Sicherheiten beläuft sich das verbleibende Kontrahentenrisiko auf 12,5 Mrd €.

## DERIVATEVOLUMEN

in Mio €	Nominalbetrag					Kontrahentenrisiko	
	Restlaufzeit			Summe	Summe	2001	2000
	bis zu 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	über 5 Jahre	2001	2000		
<b>Zinsbezogene Geschäfte</b>	<b>620 131</b>	<b>488 382</b>	<b>320 104</b>	<b>1 428 617</b>	<b>1 169 373</b>	<b>18 821</b>	<b>13 909</b>
OTC-Produkte							
FRAS	75 338	1 620	—	76 958	155 284	121	129
Zins-Swaps (gleiche Währung)	365 129	410 945	299 842	1 075 916	875 935	17 872	13 414
Zinsoptionen							
– Käufe	21 110	32 796	10 447	64 353	34 950	825	364
– Verkäufe	28 503	32 904	9 815	71 222	40 469	—	—
Sonstige Zinskontrakte	3 922	68	—	3 990	1 121	3	2
Börsengehandelte Produkte							
Zins-Futures	70 935	9 644	—	80 579	46 685	—	—
Zinsoptionen	55 194	405	—	55 599	14 929	—	—
<b>Währungsbezogene Geschäfte</b>	<b>183 878</b>	<b>37 115</b>	<b>8 471</b>	<b>229 464</b>	<b>246 458</b>	<b>5 501</b>	<b>8 053</b>
OTC-Produkte							
Devisentermingeschäfte <sup>1</sup>	169 652	15 399	273	185 324	202 699	3 793	6 280
Cross-Currency-Swaps	7 572	21 375	8 153	37 100	30 022	1 620	1 572
Devisenoptionen <sup>1</sup>							
– Käufe	3 239	221	21	3 481	6 519	88	201
– Verkäufe	3 415	120	24	3 559	7 218	—	—
Sonstige Devisen-Kontrakte <sup>1</sup>	—	—	—	—	—	—	—
Börsengehandelte Produkte							
Devisen-Futures	—	—	—	—	—	—	—
Devisenoptionen	—	—	—	—	—	—	—
<b>Aktien-/Indexbezogene Geschäfte</b>	<b>6 157</b>	<b>36 324</b>	<b>4 035</b>	<b>46 516</b>	<b>46 839</b>	<b>2 671</b>	<b>2 791</b>
OTC-Produkte							
Aktien-/Index-Swaps	—	—	—	—	—	—	—
Aktien-/Index-Optionen							
– Käufe	1 505	13 836	1 737	17 078	16 587	2 225	2 141
– Verkäufe	1 440	12 337	1 751	15 528	14 682	—	—
Sonstige Aktien-/Indexkontrakte	532	9 689	547	10 768	12 051	446	650
Börsengehandelte Produkte							
Aktien-/Index-Futures	1 533	—	—	1 533	2 096	—	—
Aktien-/Index-Optionen	1 147	462	—	1 609	1 423	—	—
<b>Sonstige Geschäfte</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>
OTC-Produkte							
Edelmetallgeschäfte <sup>2</sup>	—	—	—	—	—	—	—
Sonstige Geschäfte	—	—	—	—	—	—	—
Börsengehandelte Produkte							
Futures	—	—	—	—	—	—	—
Optionen	—	—	—	—	—	—	—
<b>Summe</b>	<b>810 166</b>	<b>561 821</b>	<b>332 610</b>	<b>1 704 597</b>	<b>1 462 670</b>	<b>26 993</b>	<b>24 753</b>

<sup>1</sup> Einschl. Gold.

<sup>2</sup> Ohne Gold.

Auf die als erstklassig einzustufenden OECD-Zentralregierungen, -Banken und -Finanzinstitute entfallen 92,5% des Kontrahentenrisikos vor Netting (2000: 91,7%).

Entsprechend dem bankaufsichtsrechtlichen Grundsatz I ergibt sich zum Jahresende 2001 bei Derivaten des Handels- und Anlagebuches nach Netting und unter Berücksichtigung erhaltener Sicherheiten ein Kontrahentenrisiko von 23,5 Mrd €; nach Bonitätsgewichtung (Kreditäquivalent) sind es 6,3 Mrd €.

**Kreditderivate** Der zunehmende Bedarf an Instrumenten zur Steuerung von Kreditrisiken führte zur Entwicklung von so genannten Kreditderivaten. Sie ermöglichen den Handel und die Absicherung von Kreditrisiken, ohne die ursprünglichen Kreditbeziehungen zu verändern. Diese Produktgruppe besteht aus drei Grundtypen: Credit Default Swaps, Total Return Swaps und Credit Linked Notes. Die Risikoabsicherung wird erreicht durch Ausgleichszahlungen, die beim Credit Default Swap und bei der Credit Linked Note von einem

bestimmten Kreditereignis abhängen bzw. bei Total Return Swaps einen eventuellen Marktwertverlust ausgleichen. Im Falle einer Credit Linked Note wird das Kreditrisiko im Unterschied zu Credit Default Swaps mittels Barunterlegung gedeckt. Anders als reine Derivate beinhalten Credit Linked Notes neben der derivativen Sicherungs- eine Wertpapierkomponente; daher haben diese Instrumente einen Marktwert, der wesentlich näher beim Nominalwert liegt als dies bei reinen Derivaten der Fall ist. Emittierte Credit Linked Notes (die Bank ist Sicherungsnehmer) werden dem Verbindlichkeitscharakter des Wertpapiers entsprechend mit negativem Marktwert dargestellt.

Über das aus Kreditderivaten resultierende Kontraktvolumen, deren Marktwerte und die verschiedenen Arten der Referenzaktiva berichten wir anhand von zwei Tabellen. Diese Darstellung orientiert sich an den Publizitätsempfehlungen nationaler und internationaler Fachgremien (zum Beispiel Bundesverband deutscher Banken, BIZ).

## KONTRAHENTEN-ART

	Kontrahentenrisiko			
	2001	2000	2001	2000
	in Mio €	in Mio €	Struktur in %	Struktur in %
OECD-Zentralregierungen (und Notenbanken)	354	78	1,3	0,3
OECD-Banken	21 750	21 440	80,5	86,6
OECD-Finanzinstitute	2 875	1 191	10,7	4,8
Nicht-OECD-Zentralregierungen (und Notenbanken)	10	21	0,0	0,1
Nicht-OECD-Banken	292	273	1,1	1,1
Nicht-OECD-Finanzinstitute	48	2	0,2	0,0
Sonstige Unternehmen und Privatpersonen	1 664	1 748	6,2	7,1
<b>Summe</b>	<b>26 993</b>	<b>24 753</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>

## KREDITDERIVATE

in Mio €	Kontraktvolumen				Marktwert		
	Restlaufzeit			Summe	Summe		
	bis zu 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	über 5 Jahre	2001	2000	2001	2000
<b>Anlagebestand</b>	<b>357</b>	<b>1 499</b>	<b>6 202</b>	<b>8 058</b>	<b>1 453</b>	<b>924</b>	<b>156</b>
Sicherungsnehmer:							
Credit Default Swaps	357	1 465	3 708	5 530	1 161	7	- 3
Total Return Swaps	—	—	2 333	2 333	—	944	—
Credit Linked Notes	—	—	27	27	—	- 27	—
Sonstige	—	—	—	—	—	—	—
Sicherungsgeber:							
Credit Default Swaps	—	34	134	168	138	—	5
Total Return Swaps	—	—	—	—	—	—	—
Credit Linked Notes	—	—	—	—	154	—	154
Sonstige	—	—	—	—	—	—	—
<b>Handelsbestand</b>	<b>2 647</b>	<b>7 439</b>	<b>1 397</b>	<b>11 483</b>	<b>622</b>	<b>- 982</b>	<b>- 420</b>
Sicherungsnehmer:							
Credit Default Swaps	1 082	4 122	210	5 414	154	106	1
Total Return Swaps	825	—	—	825	—	5	—
Credit Linked Notes	—	—	979	979	423	- 1 009	- 422
Sonstige	—	—	—	—	—	—	—
Sicherungsgeber:							
Credit Default Swaps	740	3 317	208	4 265	45	- 84	1
Total Return Swaps	—	—	—	—	—	—	—
Credit Linked Notes	—	—	—	—	—	—	—
Sonstige	—	—	—	—	—	—	—
<b>Summe</b>	<b>3 004</b>	<b>8 938</b>	<b>7 599</b>	<b>19 541</b>	<b>2 075</b>	<b>- 58</b>	<b>- 264</b>

## REFERENZAKTIVA

in Mio €	Kontraktvolumen				Summe	Summe
	Credit Default Swaps	Total Return Swaps	Credit Linked Notes	Sonstige		
Öffentliche Anleihen	1 805	—	—	—	1 805	413
Industrieobligationen	11 209	—	969	—	12 178	299
Aktien	227	2 333	—	—	2 560	161
Sonstige	2 136	825	37	—	2 998	1 202
<b>Summe</b>	<b>15 377</b>	<b>3 158</b>	<b>1 006</b>	<b>—</b>	<b>19 541</b>	<b>2 075</b>

## Überwachung und Steuerung der Adressrisiken

Die Überwachung und Steuerung der Adressrisiken basiert neben der Analyse eingetretener Risiken insbesondere auf der Messung potenzieller Risiken, die unser Portfolio zum jeweiligen Stichtag birgt. Diese zu quantifizieren, ist eine zentrale Herausforderung des modernen Risikocontrollings und gleichzeitig Gegenstand der Weiterentwicklung der Eigenmittelunterlegungsvorschriften durch den Baseler Ausschuss.

Aufsichtsrechtliche  
Entwicklungen

Ziel der Reform dieser Vorschriften (»Basel II«) ist eine stärkere Risikodifferenzierung der aufsichtsrechtlich erforderlichen Eigenmittelunterlegung, das heißt die Höhe des durch Aktivgeschäft gebundenen Kapitals der Banken richtet sich stärker nach der Bonität des jeweiligen Kunden. Mit dieser Reform kommt es zu einer Angleichung der aufsichtsrechtlichen an die ökonomische Sichtweise einer risikoadjustierten Steuerung, welche in unserer Bank mittels unserer internen Instrumente zum Portfoliomanagement bereits etabliert ist.

Durch aktive Mitarbeit auf Verbandsebene sowie in direktem Kontakt mit den Aufsichtsbehörden und zentralen Vertretern der deutschen Kreditwirtschaft übernehmen wir eine mitgestaltende Rolle im Rahmen der Konsultation des neuen Regelwerkes. Auch bankintern sind bereits intensive Aktivitäten im Gange, um die hohen Anforderungen an Verfahren, Prozesse und Daten frühzeitig umzusetzen, so dass ein reibungsloser Übergang auf das neue Eigenkapitalregime im Jahr 2005/2006 gewährleistet ist.

Im Bereich der Eigenmittelunterlegung für Adressrisiken wollen wir ein fortgeschrittenes Verfahren umsetzen, welches auf unseren bewährten internen Ratinginstrumenten aufbaut (»Internal Rating Based [IRB] Approach«). Obwohl wir in der internen Steuerung durch Anwendung eines Adressrisikomodells bereits einen Schritt weiter sind (siehe auch Risikobericht, Abschnitt »Internes Adressrisikomodell«), begrüßen wir die Bemühungen des Baseler Komitees als einen ersten wichtigen Schritt in die richtige Richtung. Ein weiterer wichtiger Schritt, nämlich die Genehmigung interner Adressrisikomodelle als Pendant zu den bereits erlaubten Marktrisikomodellen ist unseres Erachtens mittelfristig unabdingbar. Nur so können auch Konzentrations- und Diversifikationseffekte, welche das Risikoprofil eines Portfolios entscheidend mitbeeinflussen, adäquat berücksichtigt werden.

Bonitätsanalyse

Sowohl für die Eigenmittelunterlegung nach »Basel II« (gem. IRB-Approach) als

auch für unser internes Adressrisikomodell ist die zuverlässige Bestimmung der Ausfallwahrscheinlichkeit unserer Kunden von zentraler Bedeutung. Aus diesem Grund gilt seit Jahren unser besonderes Augenmerk der Weiterentwicklung unserer internen Bonitätsanalyseinstrumente.

Sie unterscheiden sich im Inhalt und Aufbau in Abhängigkeit von der Höhe und Komplexität der jeweiligen Kreditengagements. Zusätzlich verfügen wir über eine Reihe von individuell auf spezielle Branchen oder

## VERTEILUNG DES KREDIT- UND KONTRAHENTENRISIKOS NACH UNTERNEHMENSBEREICHEN

Unternehmensbereich	Erwarteter Verlust in %		Value-at-Risk in %	
	2001	2000	2001	2000
	PuG	23,2	26,1	16,7
FKD	34,7	39,0	41,7	46,0
IFK	28,4	19,3	26,2	21,0
INM	5,4	1,2	6,7	3,9
WIM	1,8	5,7	1,2	2,8
Sonstige	6,5	8,7	7,5	9,0
<b>Summe</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>

Finanzierungsformen zugeschnittene Bonitätsanalyseinstrumente, wie zum Beispiel für Bauträger, Projektfinanzierungen usw. Ergebnis der Bonitätsanalyse ist die individuelle Zuordnung jedes Kunden zu einer Bonitätsklasse, die jeweils einer bestimmten empirisch gemessenen Ausfallwahrscheinlichkeit entspricht. Mit Hilfe dieser Ausfallwahrscheinlichkeiten können wir die intern vergebenen Bonitätsklassen auch den Klassifizierungsschemata externer Ratingagenturen zuordnen.

Die Qualität der Zuordnung unserer Kunden zu Bonitätsklassen wird durch vielfältige Maßnahmen sichergestellt. Zunächst wird das Bonitätsurteil im Vier-Augen-Prinzip zwischen Kundenbetreuer und Kreditspezialist entwickelt. Laufende Qualitätskontrollen im Einzelfall führen die Qualitätsmanagementeinheiten der Unternehmensbereiche sowie unsere interne Revision durch. Zusätzlich überwacht das zentrale Risikocontrolling die Konsistenz der angewandten Methoden und ermittelt empirisch die Ausfallwahrscheinlichkeiten in den einzelnen Bonitätsklassen.

Internes Adressrisikomodell

Für die Überwachung und Steuerung von Adressrisiken nutzen wir bereits seit

1997 ein internes Adressrisikomodell, mit dem wir die Kredit- und Kontrahentenrisiken der AG weltweit messen und bewerten. Es handelt sich hierbei um ein eigenentwickeltes Modell, das uns den Vorteil bietet, in Methodik und Parametrisierung individuell auf unser Portfolio zugeschnitten zu sein und gleichzeitig jederzeit entsprechend dem Erkenntnisfortschritt von uns weiterentwickelt werden zu können.

Erwarteter Verlust

Wir unterscheiden bei der Adressrisikomessung zwischen erwartetem Verlust und Credit-Value-at-Risk (bzw. unerwartetem Verlust). Der erwartete Verlust quantifiziert die Höhe der durchschnittlich in den nächsten zwölf Monaten aus dem aktuellen Portfolio zu erwartenden Verluste aus Adressrisiken. Diese gehen in Form von Standardrisikokosten in die Preiskalkulation unserer Produkte ein.

Credit-Value-at-Risk

Der Credit-Value-at-Risk (unerwarteter Verlust) trifft eine Aussage über die höchste negative Abweichung des tatsächlichen vom erwarteten Verlust, die innerhalb der nächsten zwölf Monate mit einer Wahrscheinlichkeit von 99% nicht überschritten wird. Dieses Verlustpotenzial wird mit Risikokapital als Sicherheitspuffer unterlegt.

Unsere Tabellen zeigen beispielhaft die Verteilung von erwarteten Verlusten und Credit-Value-at-Risk nach Unternehmensbereichen, Bonitätsklassen und Branchensegmenten.

### VERTEILUNG DES KREDIT- UND KONTRAHENTENRISIKOS NACH BONITÄTSKLASSEN

Bonitätsklasse	Erwarteter		Value-at-Risk	
	Verlust in %		in %	
	2001	2000	2001	2000
Bonitätsklasse 1	0,5	0,9	2,0	3,4
Bonitätsklasse 2	1,4	2,9	3,5	6,2
Bonitätsklasse 3	2,9	6,2	6,0	12,2
Bonitätsklasse 4	28,3	23,8	37,4	27,8
Bonitätsklasse 5	11,4	12,9	14,8	16,3
Bonitätsklasse 6	18,0	16,1	16,4	13,8
Bonitätsklasse 7	13,2	12,6	8,6	9,5
Bonitätsklasse 8	24,3	24,6	11,3	10,8
<b>Summe</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>

**VERTEILUNG DES KREDIT- UND  
KONTRAHENTENRISIKOS  
NACH BRANCHENGRUPPEN**

Branche	Erwarteter Verlust in %	Value-at- Risk in %
Privatpersonen	27,1	9,5
Bauträger, Developer, Hauptgewerbe Wohnungsbaugesellschaften, Immobilien-Investoren, Immobilien-Fondsgesellschaften	11,0	14,9
Versorgung	10,9	17,2
Branche unbekannt, Gewerbetreibende	4,9	4,8
Sonstige Finanzdienstleister	4,9	5,6
Dienstleistungen, unternehmensbezogen	3,5	4,8
Verlage, Medien	3,4	3,3
Gesundheit	3,0	3,5
Luft- und Raumfahrt	2,8	2,8
Nahrung	2,5	2,3
Kommunikation	2,5	2,8
Konsum, Textil (kurzlebig)	2,0	2,0
Fahrzeuge	2,0	2,3
Maschinenbau	2,0	2,8
Verkehr, Logistik	1,8	2,3
Konsum, Textil (langlebig)	1,6	1,7
Elektro	1,5	1,7
Öffentl. Haushalte, Organisationen ohne Erwerbszweck	1,4	1,9
Dienstleistungen, personenbezogen (Freizeit, Gastgewerbe)	1,3	1,5
Chemie	1,3	1,0
Banken	1,3	1,7
Nichteisen-Metall	1,1	1,9
Dienstl. personenbezogen (allgemein)	1,1	1,6
Papier	1,0	0,9
Mineralöl	0,8	0,8
Software	0,8	1,3
Mobilienleasing	0,7	0,8
Recycling, Entsorgung	0,5	0,7
Leichtmetall	0,3	0,3
Versicherungen	0,2	0,3
Immobilien-Leasinggesellschaften	0,2	0,2
Hardware	0,2	0,4
Druck	0,2	0,2
<b>Summe</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>

Risikoentwicklung  
im Jahresvergleich

In der Verteilung der Risikokennzahlen (erwarteter Verlust und Value-at-Risk)

auf die Unternehmensbereiche schlagen sich Umstrukturierungen des Firmen- sowie Privatkundengeschäfts und des Bereichs International Markets im Jahr 2001 nieder, die im Zusammenhang mit der Optimierung unserer Marktausrichtung durchgeführt wurden. Die im letzten Jahr konsequent weitergeführten Maßnahmen zur Portfoliobereinigung im Immobilienbereich führten im Bereich Workout Immobilien (WIM) zu einem weiteren Abbau des prozentualen Anteils dieser Geschäftssparte am Gesamtrisiko um mehr als die Hälfte.

In unserer Portfoliostruktur nach Bonitätsklassen spiegelt sich erwartungsgemäß im Vorjahresvergleich die weltweite konjunkturelle Schwäche wider. Unsere sensiblen Bonitätsermittlungsverfahren reagierten bei einigen unserer Kunden auf die verminderte Ertragslage und höhere Insolvenzwahrscheinlichkeit mit einer entsprechend schlechteren Bonitätseinschätzung (Verschiebungen von den Bonitätsklassen 1–3 in Bonitätsklasse 4).

Die Verteilung des Adressrisikos nach Branchengruppen zeigt andererseits, dass die im Jahr 2001 besonders kritischen Branchen wie zum Beispiel Medien, Luftfahrt und Kommunikation jeweils nur sehr kleine Anteile an unserem Gesamtportfolio darstellen. Seit Anfang 2001 verwenden wir bei der Risikomessung eine wesentlich feinere Brancheneinteilung, die eine noch genauere Abbildung und Analyse der Portfolioeffekte zulässt.

Unser internes Adressrisikomodell, welches wir für diese Risikoanalysen auf Portfolioebene einsetzen, ermöglicht es uns darüber hinaus, die Adressrisiken auch auf tieferen Ebenen bis hinunter zum einzelnen Geschäft zu messen. So können auf Basis dieser Detailanalysen wiederum gezielte Impulse für die Steuerung abgeleitet werden. Durch den Einsatz dieses hoch entwickelten Modells bereiten wir uns bereits jetzt auf den »übernächsten Schritt« der aufsichtsrechtlichen Eigenmittelunterlegung vor. Das erworbene Know-how, die Erfahrungen und die gesammelten Datenhistorien sind jedoch schon heute wertvoll bei der Schaffung der Voraussetzungen für die ab 2005/2006 erwartete Einführung der neuen Eigenkapitalstandards gemäß Basel II, insbesondere bei Anwendung des so genannten »Internal Ratings Based Approach«.

Länderrisiken

Zur Quantifizierung potenzieller Länderrisiken aus dem aktuellen Portfolio verwenden wir ebenfalls ein Portfoliomodell.

Auf Grund der geringen Anzahl von Ländern sind Länderportfolien naturgemäß eher gering diversifiziert. Daher ist die Abbildung von Portfolioeffekten (mittels Modell) für die Länderrisikomessung von zentraler Bedeutung.

Die Ausfallgefährdung einzelner Länder wird mit einem Länderrating dargestellt. Für die Ermittlung des Ratings werden einerseits quantitative Analysen mittels makroökonomischer Zeitreihen und Ausfallhistorien durchgeführt. Andererseits gehen qualitative Beurteilungen zu politischen und sonstigen Aspekten in den Ratingprozess ein. Auf Basis dieser Informationen vergeben die Spezialisten unseres volkswirtschaftlichen Research-Bereiches schließlich das Rating für die einzelnen Länder. Jeder Bonitätsklasse wiederum ist eine empirisch ermittelte Ausfallwahrscheinlichkeit zugeordnet.

Durch Kombination der Ausfallwahrscheinlichkeiten bzw. von deren Volatilitäten mit den Länder-Exposures nach Abzug Länderrisiko mindernder Sicherheiten kann analytisch der erwartete Verlust und der Länder-Value-at-Risk bestimmt werden. Bei letzterem sind sowohl die Portfolio-Wechselwirkungen (Korrelationen) zwischen den einzelnen Ländern wie auch zum Kredit- und Kontrahentenrisikoportfolio zu berücksichtigen.

Limitsystem

Als zentralen Bestandteil unseres Risikocontrollings und -managements setzen wir Limitsysteme ein, die ein ungewolltes bzw. unkontrolliertes Anwachsen unserer Risikoposition verhindern. Ihre Nutzung sowie die zugehörigen Eskalations- und Sanktionierungsmechanismen sind in entsprechenden Systemen, Arbeitsanweisungen und Prozessbeschreibungen fest verankert. Während im Falle der Kreditrisiken die Limitüberwachung in den dezentralen Krediteinheiten erfolgt, wird sie für Kontrahenten-, Emittenten- und Länderrisiken im zentralen Risikocontrolling durchgeführt.

Zur Überwachung des Kontrahenten- und Emittentenrisikos setzen wir weltweite Limitsysteme ein, welche in allen Lokationen, die Handelsgeschäft betreiben, online zur Verfügung stehen. Auf diese Weise wird jedem Händler eine aktuelle Limitprüfung und dem Risikocontroller eine unmittelbare Limitüberwachung pro Kontrahent bzw. Emittent ermöglicht. Jedes abgeschlossene Handelsgeschäft wird unverzüglich erfasst und auf das jeweilige Limit angerechnet.

Bei den Kontrahentenrisiken wird der Anrechnungsbetrag auch als »Exposure« oder »Kreditäquivalent« bezeichnet. Die Ermittlung erfolgt mit Hilfe moderner, marktwertbasierter Methoden. Hierbei wird der aktuelle Marktwert eines Geschäftes um das so genannte »add on« – einem Zuschlag für potenzielle Marktwertschwankungen über die Laufzeit des Geschäftes – erhöht (berechnet auf Basis eines 99%-Konfidenzintervalls). Das Grundprinzip der »Add on«-Ermittlung findet ebenfalls in unserem so genannten »Internen Modell« Anwendung, welches das Marktrisiko aus Handelspositionen quantifiziert (siehe auch Risikobericht, Abschnitt »Marktrisiken«). Durch die schrittweise methodische und technische Integration der Markt- und Kontrahentenrisikoermittlung konnten bereits deutliche Effizienzsteigerungen im Prozessablauf realisiert werden.

Das so ermittelte Exposure pro Kontrahent berücksichtigt sowohl Risiko reduzierende Netting-Vereinbarungen als auch Sicherheitenverträge, die den Kontrahenten verpflichten, auf täglicher Basis in Höhe des aktuellen Marktwertes der laufenden Geschäfte Sicherheiten zu stellen.

Verwendung  
der Ergebnisse

Die Ergebnisse der Messung von Adressrisiken fließen unmittelbar in die strategische und operative Steuerung ein. Auf diese Weise können Ertrags- und Risikokenngrößen jederzeit gegenübergestellt werden. Darüber hinaus liefert die Risikomessung die Grundlagen für eine effektive Portfoliosteuerung in den Portfoliomanagementeinheiten der Unternehmensbereiche, welche die Zusammensetzung ihrer Portfolien zunehmend aktiv durch Einsatz moderner Strukturierungsinstrumente optimieren. Um die Impulse unserer risikoadjustierten Steuerung ex ante bis auf die Ebene der Einzelgeschäfte zu transportieren, verwenden wir Vorkalkulationsmodelle, welche die Bestimmung risikoadäquater Margen im Neugeschäft und auf diese Weise eine faire individuelle Preisermittlung für unsere Kunden ermöglichen.

Ausblick 2002

Im Jahr 2002 liegt der Fokus unserer Aktivitäten auf der Umsetzung zeitkritischer Teilaspekte der neuen aufsichtsrechtlichen Anforderungen gemäß »Basel II« sowie in der Entwicklung eines neuen, integrierten Limitsystems für Kontrahenten- und Emittentenrisiken. Daneben planen wir die Praxiseinführung einer verfeinerten Methodik zur Länderrisikomessung sowie eines verbesserten DV-Systems zur Limitierung und Überwachung. Schließlich gilt unser Bestreben einer kontinuierlichen Verfeinerung von Methodik und Parametrisierung unserer Modelle, um die Effektivität unserer Steuerung im Bereich der Adressrisiken im Sinne verbesserter Ertrags-Risiko-Relationen weiter zu erhöhen.

#### b) Liquiditätsrisiken

Die Liquiditätsrisiken werden zentral in einer eigenen Einheit unter der strengen Nebenbedingung der Einhaltung aufsichtsrechtlicher Bestimmungen gesteuert. Die Überwachung ist in das Marktrisikocontrolling integriert. Oberstes Ziel unseres Liquiditätsmanagements ist die Gewährleistung der jederzeitigen Zahlungsbereitschaft. Dazu verfügen wir über leistungsfähige Steuerungssysteme, die insbesondere eine zeitnahe Reaktion auf Marktveränderungen gewährleisten. Die Eckpfeiler des Liquiditätsmanagements sowie der laufenden Einzelvorhaben werden von einem abteilungsübergreifenden Gremium beschlossen und ebenso wie Informationen über die aktuelle Liquiditäts- und Refinanzierungssituation regelmäßig an einen Ausschuss des Vorstandes berichtet.

#### Liquiditätsrisiko im engeren Sinne

Die Disposition der täglichen Liquidität und damit die Sicherstellung der jederzeitigen Zahlungsbereitschaft (Liquiditätsrisiko im engeren Sinne) wird sowohl zentral in unserem Group Clearing in München als auch dezentral in den jeweiligen Auslandsniederlassungen wahrgenommen.

Unsere Bank hält umfangreiche Liquiditätsvorsorgebestände. Diese dienen als Sicherheit für den Zahlungsverkehr und zum Ausgleich kurzfristiger Liquiditätsengpässe am unbesicherten Geldmarkt und können jederzeit im System der europäischen Zentralbanken eingesetzt werden. Daneben stehen erhebliche liquide Wertpapierbestände zur Verfügung, um Mittel auf gesicherter Basis aufzunehmen.

Liquiditätsstruktur

Die ausgewogene Liquiditätsstruktur der Bank zeigt sich auch in der relevanten Kennzahl des Liquiditätsgrundsatz II. Unter Maßgabe der aufsichtsrechtlichen Vorschriften lag der Überschuss der Zahlungsmittel gegenüber den Zahlungsverpflichtungen des jeweiligen Folgemonats bei durchschnittlich über 20 Mrd €. Die Entwicklung dieser Liquiditätskennzahl wird unter Einbeziehung der ausländischen Niederlassungen laufend überwacht und über die Vergabe von Mindestspielräumen aktiv gesteuert.

### Refinanzierungsrisiko

Wir verfügen dank unserer starken Diversifikation in verschiedene Märkte, Kundengruppen und Produkte über eine breite Refinanzierungsbasis und Platzierungskraft. Dies sichert eine angemessene Refinanzierung des Aktivgeschäftes hinsichtlich Fristigkeit und Konditionen auch in schwierigen Marktphasen. Unsere Pfandbriefe

Breite Refinanzierungsbasis

mit ihrer besonderen Bonität und Liquidität waren auch im Jahr 2001 das

wichtigste Refinanzierungsinstrument. Durch innovative Securitization-Transaktionen konnten neue Refinanzierungsmöglichkeiten erschlossen werden, die auch zukünftig konsequent weiter ausgebaut werden.

Die Refinanzierungsstruktur wird basierend auf einer detaillierten Fundingplanung und klaren Zielvorgaben in unserem Funding-Management gesteuert und unter Berücksichtigung der Kosten optimiert.

### Marktliquiditätsrisiko

Marktliquiditätsrisiken werden durch strikte Begrenzungen der zulässigen Märkte für die einzelnen Handelsportfolien gesteuert. Im Rahmen unserer Stresstests ermitteln wir für ausgewählte Szenarien das Risikopotenzial aus Liquiditätsrisiken. Das maximale Verlustpotenzial ist durch Stresslimite begrenzt.

### c) Marktrisiken

Unter Marktrisiko verstehen wir den potenziellen Verlust, der durch die Veränderung von Preisen an Finanzmärkten für unsere Positionen entstehen kann. Diese umfassen Zins-, Devisen- und Aktienprodukte einschließlich der dazugehörigen Derivate.

Wir errechnen unsere Marktrisiken konzernweit nicht nur im Handelsbuch, sondern messen die Risiken auch aus der Fristentransformation (Anlagebuch), die sich aus der Steuerung unseres umfangreichen Geschäftes im Bank- und Hypothekenbankbuch ergibt. Die Steuerung der täglichen Cashflows aus dem Bank- und Hypothekenbankgeschäft erfolgt im Group-Asset-Liability-Management (Unternehmensbereich International Markets).

Quantifizierung

Der Value-at-Risk für Marktrisiken quantifiziert bei einem Sicherheitsniveau von 99% den maximalen Verlust, der durch Marktpreisveränderungen während einer definierten Haltedauer entstehen kann. Wir verwenden hierbei eine Haltedauer von einem Tag.

Unser derzeitiges Risikomesssystem für Zinsänderungsrisiken verwendet in München und London einen sowohl technisch als auch methodisch hoch entwickelten Monte-Carlo-Simulationsansatz (Internes Modell). Dabei werden alle relevanten Zinsrisikofaktoren (zum Beispiel Zinskurven) unter Berücksichtigung der Korrelationen simuliert. Nach dieser Vorgehensweise wird der Value-at-Risk für jede Stufe der Portfoliohierarchie geschätzt, das heißt von der einzelnen Position bis zu den obersten Einheiten. Als weiteren Risikoansatz verwenden wir für die Devisen- und Aktienrisiken einen statistischen Ansatz mit verschiedenen konservativen Annahmen (unter anderem separate Betrachtung von Währungen, Vernachlässigung von Risiko mindernden Korrelations-effekten).

## MARKTRISIKO DER HANDELSAKTIVITÄTEN (VALUE-AT-RISK)

in Mio €	Durchschnitt	31. 12. 2001	30. 9. 2001	30. 6. 2001	31. 3. 2001	31. 12. 2000
	2001*					
Zinsbezogene						
Geschäfte	46	78	42	33	31	9
Währungsbezogene						
Geschäfte	13	17	11	8	15	8
Aktien-/Indexbezogene						
Geschäfte	14	13	11	14	17	18
<b>Insgesamt</b>	<b>73</b>	<b>108</b>	<b>64</b>	<b>55</b>	<b>63</b>	<b>35</b>

\* Arithmetisches Mittel.

Diese Value-at-Risk-Werte fassen wir dann über mehrere Stufen bis zu einem aggregierten Value-at-Risk für die Gesamtbank zusammen.

Auf dieser Basis ergaben sich im Jahresverlauf für unsere Handelsbestände die in der Tabelle ermittelten Marktrisiken je Risikoart. Die Werte sind auf eine 1-tägige Haltedauer (Marktstandard) normiert.

Die Spreadrisiken sind in den Risiken aus zinsbezogenen Geschäften ab 31. März 2001 ausgewiesen.

Der Value-at-Risk für zinsbezogene Geschäfte erhöhte sich im vierten Quartal auf Grund des Aufbaus von Zinsrisikopositionen.

Im Anlagebuch ergaben sich zum Jahresende Marktrisiken in Höhe von 40 Mio € (Ultimo 2000: 22 Mio €; 1-tägige Haltedauer). Der Anstieg des Value-at-Risk resultierte hier vor allem aus der erstmaligen Berücksichtigung von Spreadrisiken.

Die Risikomessmethodik wird durch ein regelmäßiges Backtesting überprüft, das die errechneten Value-at-Risk-Werte mit den aus den Positionen errechneten Marktwertänderungen vergleicht.

Außerdem führen wir laufend Stresstests durch, welche das Verlustpotenzial unserer Positionen auf Grund außerordentlicher Ereignisse und Worst-Case-Szenarien zeigen. Die Spanne reicht zum Beispiel von einfachen Zinsschocks von 100 Basispunkten bis zum Ausfall ganzer Märkte oder einem Totalzusammenbruch aller Korrelationen. Die Auswirkungen aller Stressszenarien werden monatlich analysiert und berichtet.

**Limitüberwachung** Das Marktrisikoccontrolling hat unmittelbaren Zugang zu den im Handel eingesetzten Front-Office-Systemen und kann damit auch Intraday die Risikosituation und Limiteinhaltung überwachen. Etwaige hohe Limitauslastungen oder -überschreitungen in Teilportfolien werden unmittelbar eskaliert und deren Rückführung zeitnah überwacht. Generell unterliegen damit alle unsere Marktrisiken einer laufenden Messung und Limitüberwachung durch das Risikocontrolling und werden von diesem auch regelmäßig an den Gesamtvorstand berichtet.

Die Steuerung der Risikopositionen im Anlage- und Handelsbuch erfolgt über ein hierarchisches Limitsystem (bis auf Abteilungsebene), das den Handlungsspielraum entsprechend begrenzt. Die Risikolimits werden vom Vorstand genehmigt und dürfen nicht überschritten werden. Bei eventuell auftretenden Ergebnisrückgängen wird das Risikomanagement über Managementtrigger zeitnah informiert.

Ergänzend zum hierarchischen Limitsystem sind die Stressrisiken im Internen Modell über ein Ampelkonzept in Form eines Frühwarnsystems begrenzt. Bei »Rot« (Limitüberschreitung) werden die Konsequenzen aus den Stressszenarien zwischen Risikomanagement und Risikocontrolling erörtert und entsprechende Managementmaßnahmen eingeleitet. Auf diese Art und Weise unterstützen die Stresstests die Steuerung der Marktrisiken.

**Ausblick 2002** Nach der erfolgreichen Abnahme des internen Modells »Partial Use« im Jahr 2001 für die Lokationen München und London werden wir im nächsten Schritt die Risiken aus Devisen und Aktien sowie Spreadveränderungen sukzessive auf den Monte-Carlo-Ansatz umstellen. Zusätzlich wird mit der Anbindung weiterer Lokationen wie Amerika und Asien an das interne Modell begonnen.

#### d) Operational Risk

Operational-Risk-getriebene Verluste können aus den meisten Aktivitäten der Bank entstehen.

**Definition** Wir definieren Operational Risk als das Risiko von unerwarteten Verlusten durch menschliches Versagen, fehlerhafte Managementprozesse, Natur- und sonstige Katastrophen, Technologieversagen und Änderungen im externen Umfeld (Event Risk).

Die von uns gewählte Definition entspricht inhaltlich der von der BIZ zur Reform der Eigenkapitalrichtlinien (»Basel II«) verwendeten Beschreibung. Ein ergänzend verwendetes, ursachenbezogenes Kategorisierungsmodell ermöglicht die detaillierte Einsicht in die individuellen Risikoprofile der Geschäftsfelder und Dienstleistungsbereiche der Bank und dient als Basis für die Ableitung von Steuerungsimpulsen.

**Im Fokus 2001** Parallel zur bereits 1999 und 2000 initiierten, laufenden internen Weiterentwicklung des Managements und Controllings von Operational Risk stand das abgelaufene Geschäftsjahr im Zeichen des Konsultationspapiers der BIZ zur zukünftigen Eigenkapitalunterlegungspflicht für Operational Risk. Der dadurch angestoßene interne und externe Diskussionsprozess zeigt deutlich, dass auch in den nächsten Jahren hohe Anforderungen an die Weiterentwicklung der Prozesse im Risikomanagement und -controlling auf die Banken zukommen.

Nicht zuletzt zeigten auch die Ereignisse des 11. September 2001, mit den Anschlägen in New York und Washington, in welchen Dimensionen »Operational Risks« auftreten können und welche Bedeutung dabei einem funktionierenden Risikomanagement zukommt.

Unsere zentrale Einheit für Operational-Risk-Controlling setzte den Fokus ihrer Tätigkeiten im Jahr 2001 auf verschiedene Schwerpunkte:

- Weiterentwicklung des organisatorischen Rahmens für das Operational-Risk-Controlling und -Management,
- Praxiseinsatz des in 2000 entwickelten Tools zur qualitativen Bewertung der Kontroll- und Managementprozesse,
- aktive Beteiligung an der »Basel II«-Diskussion im Rahmen der Verbandsarbeit mit Berücksichtigung der ersten Ergebnisse bei der Weiterentwicklung unserer eigenen Instrumente,
- Teilnahme an den vom Baseler Ausschuss durchgeführten »Impact Studies«, die der Ermittlung von Ausgangswerten für die zukünftige aufsichtsrechtliche Ermittlung der Eigenkapitalbelastung dienen,
- Vorbereitung einer Loss Database zur Erfüllung der Baseler Anforderungen an die umfassende und vollständige Sammlung von Verlustdaten.

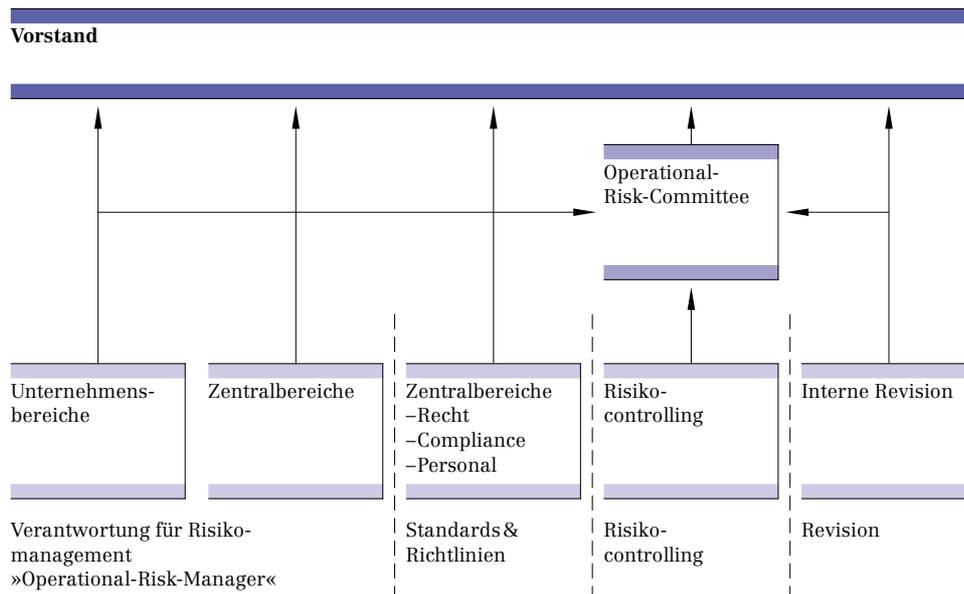
In Analogie zu den anderen Risikoarten gilt auch für Operational Risk das Prinzip der Funktionstrennung in

Grundprinzip:	Risikomanagement und -controlling.
Funktionstrennung	Dabei ist es eine der wichtigsten Aufgaben des Risikocontrollings, quantitative und qualitative Messmethoden zu erarbeiten und unabhängige Risikomessungen durchzuführen.

Das Risikomanagement hingegen hat die Verantwortung für die Steuerung des Operational Risk, das heißt für Maßnahmen zur Verminderung, Vermeidung oder Versicherung dieser Risiken. Dieses ist Aufgabe der verantwortlichen Risikomanager in unseren operativen Einheiten.

Die im Jahr 2000 konzipierten Rahmenbedingungen eines Operational-Risk-Framework für ein umfassendes und vollständiges Controlling und Management der Risiken wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr umgesetzt. Die Verantwortlichkeiten zwischen Management und Controlling sind klar festgelegt; die Aufgaben eines bereichsübergreifenden Operational-Risk-Committee und seine Besetzung wurden verabschiedet. Die in den Bereichen benannten Operational-Risk-Manager setzen in enger Zusammenarbeit mit der Einheit für Risikocontrolling die Standards für Messung und die notwendigen Reportinganforderungen in den Bereichen um.

**GRUNDSÄTZLICHES OPERATIONAL-RISK-ORGANISATIONSMODELL**



Quantitative  
Kriterien

Zur Quantifizierung setzen wir ein versicherungsmathematisches Modell ein.

Dieser Ansatz wird in der Versicherungswirtschaft schon seit geraumer Zeit für die Bewertung von Teilen der hier betrachteten Risiken verwendet und auch von anderen Banken als viel versprechend und »State-of-the-Art« gesehen.

Die verschiedenen möglichen Methoden zur Quantifizierung von Operational Risk werden im Rahmen der aktuellen »Basel II«-Konsultation gegenwärtig intensiv diskutiert. Die Verwendung von Modellen ähnlich dem unserer Bank wird hierbei bei den anspruchsvolleren Ansätzen (»Advanced Measurement Approach«) als eine grundsätzliche Voraussetzung für die Optimierung der Eigenkapitalbelastung explizit genannt. Dies zeigt uns, dass wir hier auf dem richtigen Weg sind.

Im Konsultationspapier des Baseler Ausschusses wird bis zur Umsetzung der Richtlinien in nationales Recht voraussichtlich im Jahr 2005/2006 der Nachweis einer mindestens dreijährigen Zeitreihe vollständig und umfassend erfasster Verlustdaten (»Loss Database«) gefordert. Wir haben seit mehreren Jahren sukzessive einen Datenpool mit Verlustdaten aufgebaut, die eine solide Basis für die Quantifizierung darstellen. Die Vorbereitungen zur Erweiterung in Richtung auf die geforderte »Loss Database« konnten bis Ende 2001 weitgehend abgeschlossen werden.

Zusätzliche Verlustdaten erwarten wir aus der geplanten Beteiligung an einem internationalen Verlustdaten-konsortium, die eine weitere Säule der Datenversorgung darstellt. Hieraus sollen erstmals im Jahr 2002 anonymisierte Daten in unsere Risikoermittlung einfließen.

Qualitative  
Kriterien

Das im Jahr 2000 entwickelte, fragebogensgestützte Control Assessment zur

Ermittlung der Kontroll- und Prozessqualität in relevanten Einheiten der HypoVereinsbank wurde erstmals innerhalb des Planungsprozesses zur Ermittlung des bereichsspezifischen Risikokapitals für Operational Risk eingesetzt.

Verwendung  
der Ergebnisse

Die ermittelten Value-at-Risk-Werte für Operational Risk sind Bestandteil der

Risikokapitalallokation für alle Risikoarten auf die Geschäftsfelder.

Der interne Verzinsungsanspruch auf das Risikokapital für Operational Risk, die zunehmende Transparenz über Anzahl, Höhe und Verteilung der Risiken sowie die Auswertungen der Control Assessments, letztlich in einer qualitativen Messzahl für Kontrollqualität mündend, schärfen das Bewusstsein der operativen Einheiten für die Bedeutung dieser Risiken.

Risikomanagement

Die Risikomanagementeinheiten der Unternehmens- und Dienstleistungsbereiche der Bank steuern das Operational Risk mit einer Vielzahl von Maßnahmenbündeln. Für das abgelaufene Geschäftsjahr sind hervorzuheben:

Geschäftsfelder und Dienstleistungsbereiche

Im Privatkundengeschäft wurde flächendeckend ein Selbstbewertungsverfahren nach dem EFQM (European Foundation for Quality Management)-Modell eingeführt. Mit Hilfe dieses Verfahrens können systematisch und regelmäßig deutlich mehr Verbesserungs- und Risikopotenziale aufgedeckt werden als nach bisherigen Methoden. Zusätzlich konnten durch die Optimierung der Risikoerfassung und der Prozesse zum Risikomanagement jährliche Fehlerkosten in ansehnlicher Höhe vermieden werden.

Die im Bereich des Zahlungsverkehrs in Folge einer Vielzahl von Maßnahmen erreichte Qualitätsführerschaft wird durch mehrere durchgeführte Benchmarks bestätigt. In 2001 wurde die Verarbeitungsqualität durch die Einführung neuer, wichtiger Systeme weiter verbessert; Contingency-Backup-Systeme mit minimaler Anlaufzeit für Notfälle wurden entwickelt und dezentrale Backup-Standorte eingerichtet.

IT-Risiken

Die Verfügbarkeit von Systemen, unter anderem im kundennahen Selbstbedienungsbereich, konnte durch verschiedene Maßnahmen weiter verbessert werden.

Die Risiken neuer Technologien wurden insbesondere durch die neuartige Verbreitungstechnologie des »NIMDA«-Virus im September 2001 verdeutlicht, der mit der Einrichtung zusätzlicher Sicherheitssoftware erfolgreich begegnet werden konnte. Der erfolgreiche Internet Relaunch im dritten Quartal erfolgte ebenfalls unter gleichzeitiger Implementierung von neuer, zusätzlicher Sicherheitssoftware, die Hackerangriffe (wie den vom 16. September 2001) auf das Online-Banking zukünftig zuverlässig ausschließt.

Im Lauf des Jahres erfolgte des Weiteren die Überprüfung, Aktualisierung und Erweiterung wichtiger Backup-Verfahren im Großrechner-Bereich, unter anderem die doppelte Speicherung von Daten mit Ausgabe an verschiedenen Standorten. Gleichzeitig wurden zur Risikominimierung Möglichkeiten zur Nutzung räumlich getrennter Standorte wahrgenommen. Die Wiederanlaufbarkeit nach Ausfall von zentralen Rechnern wurde mehrmals erfolgreich getestet.

#### Ereignisse des 11. September 2001

In Folge der Ereignisse des 11. September 2001 wurden die Notfallpläne der Bereiche einer kritischen Überprüfung auf deren Eignung für solche Extremfälle unterzogen. Gleichzeitig ist ein laufendes Projekt »K(atastrophen)-Fall-Management« installiert, das übergreifend unter anderem Notfallszenarien, -maßnahmen und -kapazitäten analysiert, geschäftskritische Standorte identifiziert und erforderlichenfalls Anpassungsmaßnahmen veranlasst.

#### Rechtliche Risiken

Für das Management der rechtlichen Risiken aller von der Bank betriebenen Geschäfte ist unser Zentralbereich Recht zuständig. Gesetzesänderungen und Rechtsprechung werden jeweils zeitnah umgesetzt, das Dokumentationsrisiko wird zentral und dezentral überwacht. Als Konzernrechtsabteilung nimmt der Bereich auch eine Corporate-Center-Funktion wahr, indem er konzerneinheitliche Standards des Legal-Risk-Managements setzt und deren Einhaltung gewährleistet.

Das am 1. Dezember 2001 in Kraft getretene Schuldrechtsmodernisierungsgesetz führt nur zu geringfügigen Modifikationen der von uns verwendeten Formulare und Allgemeinen Geschäftsbedingungen.

Zum Rechtsmanagement gehört auch, rechtliche Konfliktpotenziale frühzeitig zu erkennen und Konfliktlösungen allgemein oder im Einzelfall herbeizuführen. Bei Auseinandersetzungen mit Kunden oder Dritten strebt die Bank eine einvernehmliche Erledigung an. Soweit sich Rechtsstreitigkeiten trotzdem nicht vermeiden lassen, wurden diese auch im vergangenen Jahr in weit überwiegender Zahl zu Gunsten der Bank entschieden.

Dies gilt auch für Rechtsstreitigkeiten, die Kunden gegen die Bank wegen der Vermittlung von Immobiliendarlehen über Strukturvertriebe angestrengt haben. Positiv zu vermerken ist in diesem Kontext eine Grundsatzentscheidung des Bundesgerichtshofs vom 24. April 2001, wonach Verbraucherkreditverträge, die durch einen Vertreter des Verbrauchers abgeschlossen werden,

auch dann wirksam sind, wenn die dem Vertreter erteilte Vollmacht nicht die von § 4 Abs. 1 Satz 4 Ziff. 1 VerbrKrG für den Kreditvertrag geforderten Mindestangaben über die Kreditbedingungen enthält. Auch das viel beachtete Urteil des Europäischen Gerichtshofes vom 13. Dezember 2001 macht keine negative Neubewertung rechtlicher Risiken erforderlich. So stellte der EuGH lediglich fest, dass die Europäische Haustürgeschäfte-Richtlinie durch den deutschen Gesetzgeber unzureichend umgesetzt worden sei, weil das ein Widerrufsrecht des Verbrauchers statuierende deutsche Verbraucherkreditgesetz auf Realkredite keine Anwendung findet. Die Entscheidung hat jedoch keinen Einfluss auf bestehende Immobiliendarlehensverträge, da diese in Übereinstimmung mit den Vorschriften des Verbraucherkredit- und Haustürwiderrufgesetzes zustande gekommen sind und sich die Europäische Haustürgeschäfte-Richtlinie nur an die Mitgliedstaaten richtet, der einzelne Verbraucher aus dieser aber nicht unmittelbar ein individuelles Widerrufsrecht herleiten kann.

Im Mai 2001 wurde die am United State District Court New York gegen deutsche Wirtschaftsunternehmen, darunter die HypoVereinsbank AG, erhobene »Holocaust-Class-Action« abgewiesen. Damit waren die Voraussetzungen für Zahlungen auf Grund des am 12. August 2000 in Kraft getretenen Gesetzes zur Errichtung der deutschen Stiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft« gegeben, zu welcher unsere Bank einen erheblichen finanziellen Beitrag leistete.

Die Europäische Kommission hat am 11. Dezember 2001 gegen die HypoVereinsbank AG eine Geldbuße in Höhe von 28 Mio € festgesetzt, weil sich die Bank angeblich an einer Preisabsprache bezüglich des Entgeltes für den Sortenumtausch innerhalb der Euro-Zone beteiligt hat. Diese Bußgeldentscheidung entbehrt jeglicher sachlicher und rechtlicher Grundlage. So hat es in der Bundesrepublik Deutschland zu keiner Zeit derartige Preisabsprachen gegeben, vielmehr waren die erhobenen Gebühren uneingeschränkt dem freien Wettbewerb ausgesetzt. Wir haben gegen diese haltlose Entscheidung der Kommission Rechtsmittel zum Europäischen Gerichtshof eingelegt.

Für das Jahr 2002 steht insbesondere die weitere Entwicklung der »Basel II«-Diskussion im Vordergrund unseres Augenmerks. Vorrangig werden wir an der Umsetzung und konzernweiten Einführung der »Loss Database« arbeiten.

Auch die methodische Weiterentwicklung des Control Assessments soll vorangetrieben werden, mit dem Schwerpunkt von Risk Assessments zur Ermittlung bereichsspezifischer Risikoprofile. Die Quantifizierungsansätze werden ebenfalls im Hinblick auf den Fortgang des »Basel II«-Konsultationsprozesses überarbeitet.

#### e) Geschäftsrisiken

Als Geschäftsrisiken definieren wir unerwartete, das heißt vom ermittelten Trend abweichende, negative Veränderungen des Geschäftsvolumens und/oder der Margen, die nicht auf andere Risikoarten zurückzuführen sind. Die Folge sind nachhaltige Ergebnisrückgänge mit entsprechender Auswirkung auf den Marktwert eines Unternehmens. Geschäftsrisiken werden verursacht durch ein deutlich verschlechtertes Marktumfeld (zum Beispiel im vergangenen Geschäftsjahr massiver Einbruch des Wertpapierprovisionsgeschäftes durch schlechte Börsensituation) oder unerwartete Änderungen im Kundenverhalten bzw. der Konkurrenzsituation.

Die Messung unserer Geschäftsrisiken basiert auf historischen Erlös- und Kostenvolatilitäten unter Berücksichtigung der Korrelationen, wobei – sofern notwendig und sinnvoll – auch aktuellen Entwicklungen Rechnung getragen wird.

Die operative Steuerung des Geschäftsrisikos obliegt im Rahmen des allgemeinen Ertrags- und Kostenmanagements den einzelnen Geschäftseinheiten.

#### f) Risiken aus bankeigenem Immobilienbesitz

Zur Bündelung ihrer Immobilienaktivitäten hat die HypoVereinsbank AG in 2001 ihren gesamten, in ihrem Besitz befindlichen Immobilienbestand im Anlagevermögen in die rechtlich eigenständige Gesellschaft HVB Gesellschaft für Gebäude mbH & Co. KG eingebracht. Demzufolge bestehen in der AG keine Immobilienrisiken mehr.

#### g) Risiken aus Anteils-/Beteiligungsbesitz

Die Risiken unseres sowohl börsennotierten als auch nicht börsennotierten Anteils-/Beteiligungsbesitzes werden nach einem dem Aktien-Handelsrisiko ähnlichen Ansatz erfasst. Dabei werden jedoch auf Grund des langfristigen Anlagecharakters dieser Beteiligungen die Volatilitäten auf Basis von Jahresdurchschnittskursen ermittelt. Bei nicht börsennotierten Werten legen wir entsprechende Branchenindizes zugrunde.

Insgesamt gesehen ist diese Risikoposition stark durch unsere größeren Finanzpakete wie zum Beispiel Allianz und Münchener Rück geprägt.

#### Portfoliosteuerung

Die Portfoliosteuerung unseres Anteils-/Beteiligungsbesitzes erfolgt durch den Gesamtvorstand nach strategischen Zielen gemäß dem Konzept »Bank der Regionen«, nach Rentabilitätsvorgaben sowie nach Abwägung von Chancen und Risiken. Die Fachabteilungen liefern für diese Investitions- und Desinvestitionsentscheidungen die erforderlichen Informationen, die unter anderem mit Hilfe unseres Controlling-Instrumentariums gewonnen werden.

#### h) Strategische Risiken

Strategische Risiken resultieren daraus, dass das Management wesentliche Trends, die die Struktur des Bankensektors als Ganzes oder einzelne Geschäftsfelder betreffen, nicht frühzeitig genug erkennt oder falsch einschätzt und in der Konsequenz unvorteilhafte Grundsatzentscheidungen trifft, die nicht oder nur schwer reversibel sind. Strategische Risiken sind nicht mit quantitativen Methoden zu erfassen und steuern. Sie zu begrenzen setzt vielmehr eine laufende Beobachtung des nationalen und internationalen Umfeldes, eine kritische Überprüfung der eigenen Stärken und Schwächen sowie ein flexibles und innovatives Reagieren auf die Herausforderungen der Märkte voraus.

#### Strukturwandel im Bankensektor

Markantestes Beispiel für derartige Trends ist der fortgesetzte Prozess der nationalen und internationalen Bankenkonzentration, der vor dem Hintergrund bestehender Überkapazitäten im Bankgewerbe begonnen hat. Während in Deutschland dieser Konsolidierungsprozess heute eher den öffentlich-rechtlichen und den genossenschaftlichen Sektor betrifft, sind im Bereich der privaten Banken in Zukunft eher verstärkt grenzüberschreitende Fusionen zu erwarten. Die Chancen einer solchen Konzentration liegen zum einen in einer Stärkung der Marktposition im fragmentierten Bankenmarkt, zum anderen in der Realisierung

von Kostensynergien durch die Bündelung von Stabsfunktionen und internen Dienstleistungen. Andererseits besteht für das einzelne Institut das strategische Risiko, in diesem Prozess von der Position eines aktiven, gestaltenden Marktteilnehmers in die eines passiven zu geraten oder beim Integrationsmanagement zu versagen, das heißt die erhofften Synergien nicht zu realisieren.

Unsere Bank hat auf diesem Gebiet in den vergangenen Jahren eine sehr aktive Rolle eingenommen und im Jahr 2000 mit der Akquisition der Bank Austria eine der ersten großvolumigen grenzüberschreitenden Transaktionen in Europa realisiert.

Entwicklung  
Privatkundengeschäft

Auch das Privatkundengeschäft, eine der tragenden Säulen in unserem »Bank der Regionen«-Konzept, befindet sich in einem tief greifenden Strukturwandel. Die Ursachen dafür sind unter anderem die hohen Kosten des traditionell dominanten stationären Vertriebs, die zunehmende, ebenfalls kostenintensive Differenzierung der Vertriebsformen, steigende Erwartungen der Kunden an preisgünstigen Service bei Standardprodukten einerseits und kompetente Beratung sowie Lieferfähigkeit bei komplexen Leistungen andererseits. Die Herausforderungen für das Management liegen in diesem Bereich darin, neue, zusätzliche Ertragsquellen zu generieren und gleichzeitig den Kostenblock aus Vertrieb und Abwicklung ohne Qualitätsverluste für die Kunden zu reduzieren.

Einen wichtigen Beitrag zur Erschließung neuer Ertragsquellen liefert das Thema Bankassurance, das im vergangenen Jahr eine Wiederbelebung im deutschen Markt erfahren hat. Bereits seit Jahren pflegte unsere Bank eine erfolgreiche Kooperation mit der VICTORIA Versicherung, die nunmehr durch eine strategische Partnerschaft mit der Münchener Rück auf sämtliche Erstversicherer der ERGO-Gruppe ausgeweitet worden ist. Gegenstand der Kooperation ist hauptsächlich der wechselseitige Vertrieb von Bank- und Versicherungsprodukten unter Nutzung der Kompetenzen des jeweiligen Vertriebspartners.

Die forcierte Zusammenarbeit zwischen Bank und Versicherungsunternehmen beleuchtet einen weiteren generellen Trend im Privatkundengeschäft, nämlich das Aufbrechen der traditionellen Wertschöpfungskette, bei der Vertrieb und Produktion der den Kunden angebotenen Dienstleistungen stets in einer Hand vereinigt waren. Der Einsatz moderner Kommunikationstechnologien macht es den Banken leichter, die Wertschöpfungskette zu zerlegen und sowohl eigene Produkte und Dienstleistungen über unabhängige Drittvertriebe zu verkaufen wie auch für den eigenen Vertrieb solche Leistungen von Dritten einzukaufen und den Kunden anzubieten. Auf diesem Gebiet hat die HypoVereinsbank eine Vorreiterrolle beim Vertrieb von fremden Fonds eingenommen, womit sie zugleich ihre Position als kompetenter und objektiver Partner ihrer Kunden in der Vermögensanlage stärkt. Andererseits besteht hier das strategische Risiko in der Wahl der richtigen Geschäftspartner, da die Bank keinen unmittelbaren Einfluss mehr auf die Qualität der angebotenen Produkte hat.

Auch in der Abwicklung unserer Dienstleistungen ist dieser Trend zu beobachten. So ist unsere Financial Markets Service Bank als Transaktionsbank für die Abwicklung von Wertpapiergeschäften positioniert, die ihre Leistungen nicht nur konzerneigenen, sondern auch fremden Banken anbietet und externe Kunden hat. Unser Ziel ist hier, in der Produktion von Bankleistungen Skaleneffekte zu erringen und so die Kostenbasis unserer Leistungserstellung deutlich zu reduzieren, was letztlich auch unseren Kunden zugute kommt.

Immobilien-  
finanzierungsgeschäft

Im Immobilienfinanzierungsgeschäft wurden speziell im zweiten Halbjahr

2001 die Auswirkungen des weltweiten konjunkturellen Abschwungs – der in Deutschland bereits den Charakter einer Rezession trägt – spürbar, wobei sich der erwartete Trend zu grundsätzlich höherer Marktvolatilität und immer stärkerer regionaler Differenzierung bestätigt hat.

Auch für 2002 ist – bedingt durch die anhaltende Unsicherheit bezüglich der weiteren gesamtwirtschaftlichen Entwicklung – eine insgesamt schwierige Marktsituation sowohl im Bereich des Gewerbe- wie auch des Wohnbaus zu erwarten.

Die HVB Group reagiert auf die daraus entstehenden Risiken mit einem stetigen Ausbau ihrer Marktanalyse- und -prognosekompetenz, die sich vor allem in einer fortlaufend verbesserten Markttransparenz ausdrückt.

Auf diesem Know-how aufbauend verfolgen wir auch weiterhin konsequent die Strategie der internationalen Diversifizierung unseres Immobilienfinanzierungsportfolios. Wesentliche Komponenten dieser Strategie begleitenden, aktiven Risikomanagements sind konzernweit einheitliche Standards in der Bonitätsbeurteilung, in der risikoadjustierten Konditionengestaltung sowie bei der laufenden Kreditüberwachung (zum Beispiel hinsichtlich der Kontrolle der Mittelverwendung), mit Fokussierung auf erstklassige Adressen mit marktgerecht kalkulierten und bewerteten Finanzierungsobjekten. Speziell die Risikostruktur unseres Auslandsgeschäfts zeigt die Effizienz der hier eingesetzten Instrumentarien sowie die hohe Marktkompetenz, welche die Immobilienfinanzierungsspezialisten vor Ort aufgebaut haben.

Zunehmend legen wir dabei Wert auf die Kapitalmarktfähigkeit der Assets, um durch gezielte, strukturierte Transaktionen unseren Handlungsspielraum im aktiven Kreditportfoliomanagement noch weiter auszudehnen. Dies trägt unserer Zielsetzung der konsequenten Portfolio- und damit selbstverständlich auch Risikodiversifizierung nachhaltig Rechnung.

**Personal** Ein weiteres strategisches Risiko besteht darin, dass Finanzdienstleister in besonderem Maß auf das Gewinnen und Halten qualifizierter Mitarbeiter angewiesen sind. Das betrifft sowohl die Management- wie auch die Fachfunktionen. Der Arbeitsmarkt für qualifizierte Mitarbeiter ist nach wie vor eng.

Wichtige Risikofaktoren bei der Entscheidung für ein Unternehmen sind die drei Kriterien Unternehmenskultur, fordernde Aufgabe und wettbewerbsfähige Vergütung. Nicht zuletzt deswegen sind diese Themen für unsere Bank auch von besonderer Bedeutung.

Die HVB Group hat sich durch ihre Strategie »Bank der Regionen« und ihre nachweislich konsequente Umsetzung zu einem der attraktivsten Arbeitgeber im deutschen Finanzwesen entwickelt. Wir sind international tätig und legen großen Wert auf innovatives Personalmarketing sowie systematische Personalentwicklung.

Des Weiteren verfügen wir über eine ausgeprägte Leistungskultur und ausgereifte Vergütungssysteme (siehe hierzu auch Jahresbericht, Kapitel »Unsere Mitarbeiter«). Damit sind wir vor allem für ambitionierte Mitarbeiter interessant.

Insgesamt gehen wir daher davon aus, auch in Zukunft vor allem in den Bereichen, in denen wir weiter wachsen wollen, qualifizierte Mitarbeiter in ausreichendem Umfang gewinnen zu können.

**Personalabbau** Eine Eigenkapitalrendite von 15% im Jahr 2004 erfordert Ertragssteigerungen, aber auch eine deutliche Reduzierung der Kosten. Daher hat die Bank beschlossen, in der Group in den Jahren 2001 bis 2004 insgesamt 9100 Stellen zu streichen und aus Gründen der Kostenwirksamkeit die Mitarbeiterkapazitäten entsprechend zu reduzieren. Der Abbau verteilt sich wie folgt:

- Privatkundengeschäft Deutschland: 2200 Stellen,
- BA/CA in Österreich: 1600 Stellen,
- BPH/PBK Polen: 4000 Stellen,
- HVB Real Estate: 800 Stellen,
- Dienstleistungsbereiche: 500 Stellen.

Im Jahr 2001 wurden in der AG im Vorgriff auf diese Planung über die ohnedies für das Jahr geplanten Abbauvorhaben hinaus bereits rund 500 Stellen vor allem im Privatkundengeschäft Deutschland nicht mehr besetzt. Der Schwerpunkt der weiteren Umsetzung wird im Jahr 2002 liegen. Für die AG ist in diesem Jahr eine weitere Reduzierung im Geschäftsfeld Deutschland einschließlich der Stäbe im Geschäftsfeld um 1110 Stellen und in den übrigen Stäben um 150 Stellen vorgesehen. Von den 1110 Stellen entfallen 480 auf den Vertrieb Privatkundengeschäft, 100 auf den Vertrieb Firmenkundengeschäft, 330 auf Produktionseinheiten und 200 auf Stabseinheiten im Geschäftsfeld. Bis zum Jahr 2004 planen wir den gesamten Stellenabbau realisiert zu haben (siehe auch Jahresbericht, Kapitel »Unsere Mitarbeiter«).

Die Abbauvorhaben sind so geplant, dass die angestrebte Kostensenkung eintritt, ohne sich negativ auf Erträge oder auf die Wahrnehmung wesentlicher Funktionen auszuwirken. Schlüsselprojekte sind die Effizienzsteigerung im deutschen Privatkundengeschäft (Stäbe, Produktion und Vertrieb), Zusammenführung der Immobilienaktivitäten in der HVB Real Estate und die Straffung zentraler Funktionen.

Der Stellenabbau ist zwar anspruchsvoll, aber durchaus zu bewältigen. In erster Linie werden wir die Fluktuation nutzen und Mitarbeiter, deren Arbeitsplatz entfallen ist, möglichst auf anderen freien Stellen im Konzern einsetzen. Wo das nicht möglich ist, verfügen wir über eine breite Palette gut akzeptierter Maßnahmen, beispielsweise Vorruhestand und Altersteilzeit, Reduzierung des Beschäftigungsfaktors, Short Term Sabbaticals, Beschäftigung durch HVB TransFair oder HVB Profil, deren Mitarbeiter für Konzernunternehmen oder Dritte tätig sind, sowie Aufhebungsverträge. Wir sind daher bei entsprechender Flexibilität und Mobilität der Mitarbeiter zuversichtlich, die personelle Umsetzung ohne betriebsbedingte Kündigungen realisieren zu können.

#### 4. ZUSAMMENFASSENDE DARSTELLUNG

Für die HVB Group sind der bewusste Umgang mit Risiken und deren aktives Management Kernelemente einer professionellen Geschäftssteuerung und damit eine wesentliche Voraussetzung zur nachhaltigen Steigerung des Unternehmenswertes. Dies spiegelt sich in unserem integrierten Ansatz eines umfassenden Risiko-Renditeorientierten Steuerungssystems wider, welches alle Geschäftsfelder und Funktionen unserer Bank umfasst.

Risiko-Renditeorientiertes Steuerungssystem

Die transparente und eng verzahnte Darstellung von Ertrags- und Risikokomponenten liefert dem Management

nicht nur wichtige entscheidungsrelevante Informationen, sondern bildet auch die Grundlage für eine gelebte »Risikokultur« aller Mitarbeiter.

Die Quantifizierung und laufende Überwachung unserer Risiken inkl. Berichtswesen an den Vorstand werden durch ein organisatorisch unabhängiges und neutrales Konzernrisikocontrolling wahrgenommen. Die operative Steuerung der Risiken erfolgte bislang ausschließlich in den jeweiligen Risikomanagementeinheiten der Unternehmens- und Dienstleistungsbereiche.

Seit Jahresbeginn 2002 wird das Risikocontrolling sowie das konzernweite und Geschäftsfeld übergreifende Portfoliomanagement von der neu geschaffenen Funktion des Chief Risk Officers verantwortet.

Wir erfassen unsere Risiken konzernweit nach klar definierten Risikoarten und messen diese mit vergleichbaren Methoden sowie einheitlichen Parametervorgaben (zum Beispiel Konfidenzniveau von 99%). Dies ermöglicht uns eine über alle Risiken und Risikobereiche hinweg aggregierte Darstellung unseres Gesamtrisikos, welches regelmäßig der Risikotragfähigkeit der Bank gegenübergestellt wird. Darüber hinaus ist diese konsistente Erfassung Ausgangsbasis unserer konzernweiten Risikokapitalallokation zur Abdeckung unerwarteter Risiken.

Die von uns verwendeten Methoden und Systeme zur Risikomessung und -steuerung erfüllen auf Grund ihrer hohen Qualität sämtliche gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen. Dies zeigte sich im vergangenen Geschäftsjahr beispielsweise auch in der erfolgreichen Abnahme unseres »Internen Modells« zur Messung von Zinsänderungsrisiken durch die Aufsichtsbehörden.

Des Weiteren bereiten wir uns bereits intensiv auf die ab dem Jahr 2005/2006 erwartete Einführung der neuen Eigenkapitalstandards gemäß »Basel II« vor. Unser Know-how und unsere Erfahrungen ermöglichen es uns hierbei, auf Ebene des Bundesverband deutscher Banken sowie in direktem Kontakt mit den Aufsichtsbehörden bei der Konsultation dieses neuen Regelwerks aktiv mitzuwirken.

**GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG  
DER BAYERISCHEN HYPO- UND VEREINSBANK AG  
FÜR DIE ZEIT  
VOM 1. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 2001**

AUFWENDUNGEN				
			2001	2000
	in Mio €	in Mio €	in Mio €	in Mio €
<b>1 Zinsaufwendungen</b>			14 954	14 906
<b>2 Provisionsaufwendungen</b>			257	240
<b>3 Nettoaufwand aus Finanzgeschäften</b>			—	—
<b>4 Allgemeine Verwaltungsaufwendungen</b>				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	1 369			1 301
ab) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	413			416
		1 782		1 717
darunter: für Altersversorgung Mio €     220				(215)
b) andere Verwaltungsaufwendungen		1 571		1 034
			3 353	2 751
<b>5 Aufwendungen für E-Commerce</b>			—	102
<b>6 Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen</b>			185	260
<b>7 Sonstige betriebliche Aufwendungen</b>			136	130
<b>8 Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft</b>			2 122	1 679
<b>9 Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere</b>			69	—
<b>10 Aufwendungen aus Verlustübernahme</b>			91	108
<b>11 Einstellungen in Sonderposten mit Rücklageanteil</b>			—	—
<b>12 Außerordentliche Aufwendungen</b>			—	117
<b>13 Steuern vom Einkommen und vom Ertrag</b>			311	212
<b>14 Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 7 ausgewiesen</b>			19	17
<b>15 Jahresüberschuss</b>			557	706
<b>Summe der Aufwendungen</b>			<b>22 054</b>	<b>21 228</b>
<b>1 Jahresüberschuss</b>			557	706
<b>2 Einstellungen in Gewinnrücklagen</b>				
a) in die gesetzliche Rücklage		—		—
b) in die Rücklage für eigene Anteile		—		—
c) in andere Gewinnrücklagen		100		250
			100	250
<b>3 Bilanzgewinn</b>			<b>457</b>	<b>456</b>

<b>ERTRÄGE</b>			
		2001	2000
	in Mio €	in Mio €	in Mio €
<b>1 Zinserträge aus</b>			
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	14 930		14 920
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	2 509		2 257
		17 439	17 177
<b>2 Laufende Erträge aus</b>			
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	159		166
b) Beteiligungen	61		60
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen	718		826
		938	1 052
<b>3 Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen</b>		40	35
<b>4 Provisionserträge</b>		1 285	1 478
<b>5 Nettoertrag aus Finanzgeschäften</b>		328	383
<b>6 Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft</b>		1 245	898
<b>7 Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren</b>		—	17
<b>8 Sonstige betriebliche Erträge</b>		683	156
<b>9 Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil</b>		96	32
<b>10 Außerordentliche Erträge</b>		—	—
<b>11 Erträge aus der Auflösung von Vorsorgereserven gemäß § 340 f HGB</b>		—	—
<b>Summe der Erträge</b>		<b>22 054</b>	<b>21 228</b>

**BILANZ  
DER BAYERISCHEN HYPO- UND VEREINSBANK AG  
ZUM 31. DEZEMBER 2001**

AKTIVA				
			31. 12. 2001	31. 12. 2000
	in Mio €		in Mio €	in Mio €
<b>1 Barreserve</b>				
a) Kassenbestand	440			431
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken	2 188			1 219
darunter: bei der Deutschen Bundesbank				
Mio € 1 535				(1 083)
			2 628	1 650
<b>2 Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind</b>				
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen	100			22
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar				
Mio € 88				(—)
b) Wechsel	241			226
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar				
Mio € 241				(226)
			341	248
<b>3 Forderungen an Kreditinstitute</b>				
a) täglich fällig	14 108			10 432
b) andere Forderungen	48 157			36 452
			62 265	46 884
darunter: Hypothekendarlehen				
Mio € 12				(24)
Kommunalkredite				
Mio € 1 033				(1 344)
<b>4 Forderungen an Kunden</b>			214 536	203 494
darunter: Hypothekendarlehen				
Mio € 111 387				(109 609)
Kommunalkredite				
Mio € 21 084				(22 886)
andere durch Grundpfandrechte gesicherte Kredite				
Mio € 7 168				(7 858)
Übertrag:			279 770	252 276



AKTIVA					
				31. 12. 2001	31. 12. 2000
		in Mio €	in Mio €	in Mio €	in Mio €
Übertrag:				279 770	252 276
<b>5</b>	<b>Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere</b>				
a)	Geldmarktpapiere				
aa)	von öffentlichen Emittenten	10			3 105
	darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank				
	Mio €	—			(—)
ab)	von anderen Emittenten	3 714			2 400
	darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank				
	Mio €	661			(119)
			3 724		5 505
b)	Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba)	von öffentlichen Emittenten	18 522			14 452
	darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank				
	Mio €	11 325			(7 043)
bb)	von anderen Emittenten	38 293			25 413
	darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank				
	Mio €	18 141			(11 019)
			56 815		39 865
c)	eigene Schuldverschreibungen		5 363		5 589
	Nennbetrag Mio €	5 220			(5 393)
				65 902	50 959
<b>6</b>	<b>Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere</b>			8 799	10 572
<b>7</b>	<b>Beteiligungen</b>			1 925	1 798
	darunter: an Kreditinstituten				
	Mio €	582			(398)
	an Finanzdienstleistungsinstituten				
	Mio €	—			(—)
<b>8</b>	<b>Anteile an verbundenen Unternehmen</b>			14 487	13 734
	darunter: an Kreditinstituten				
	Mio €	11 206			(11 757)
	an Finanzdienstleistungsinstituten				
	Mio €	177			(156)
<b>9</b>	<b>Treuhandvermögen</b>			30	32
	darunter: Treuhandkredite				
	Mio €	13			(14)
Übertrag:				370 913	329 371

PASSIVA				
			31. 12. 2001	31. 12. 2000
	in Mio €	in Mio €	in Mio €	in Mio €
Übertrag:			201 823	171 206
<b>3 Verbriefte Verbindlichkeiten</b>				
a) begebene Schuldverschreibungen				
aa) Hypothekendarlehen	37 056			31 867
ab) öffentliche Pfandbriefe	13 516			17 071
ac) sonstige Schuldverschreibungen	86 502			77 240
		137 074		126 178
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten		127		733
darunter: Geldmarktpapiere				
Mio €	—			(—)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf				
Mio €	127			(733)
			137 201	126 911
<b>4 Treuhandverbindlichkeiten</b>			30	32
darunter: Treuhandkredite				
Mio €	13			(14)
<b>5 Sonstige Verbindlichkeiten</b>			5 212	5 054
<b>6 Rechnungsabgrenzungsposten</b>				
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft		822		980
b) andere		371		266
			1 193	1 246
<b>7 Rückstellungen</b>				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		1 190		1 129
b) Steuerrückstellungen		650		485
c) andere Rückstellungen		1 350		1 454
			3 190	3 068
<b>8 Sonderposten mit Rücklageanteil</b>			—	96
<b>9 Nachrangige Verbindlichkeiten</b>			10 532	9 677
<b>10 Genussrechtskapital</b>			512	768
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig				
Mio €	1			(257)
Übertrag:			359 693	318 058



PASSIVA				
			31. 12. 2001	31. 12. 2000
	in Mio €	in Mio €	in Mio €	in Mio €
Übertrag:			359 693	318 058
<b>11 Fonds für allgemeine Bankrisiken<sup>1</sup></b>			200	200
<b>12 Eigenkapital</b>				
a) gezeichnetes Kapital		1 609		1 607
eingeteilt in:				
Stück 521 735 101 auf den Inhaber lautende Stammaktien				
Stück 14 553 600 auf den Namen lautende Vorzugsaktien ohne Stimmrecht				
b) Kapitalrücklage		13 273		13 228
c) Gewinnrücklagen				
ca) gesetzliche Rücklage	56			56
cb) Rücklage für eigene Anteile	—			—
cc) andere Gewinnrücklagen	2 812			2 712
		2 868		2 768
d) Bilanzgewinn		457		456
			18 207	18 059
<b>Summe der Passiva</b>			<b>378 100</b>	<b>336 317</b>
<b>1 Eventualverbindlichkeiten</b>				
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln		—		—
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		28 744		21 949
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		—		—
			28 744	21 949
<b>2 Andere Verpflichtungen</b>				
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		—		—
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen		—		—
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		47 173		43 197
			47 173	43 197

<sup>1</sup> Vergleiche dazu Seite 55.

# Anhang

## RECHTSGRUNDLAGEN

Der Jahresabschluss der Bayerischen Hypo- und Vereinsbank Aktiengesellschaft (HypoVereinsbank AG) für das Geschäftsjahr 2001 ist nach den Rechnungslegungsvorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB), des Aktiengesetzes (AktG), des Hypothekbankgesetzes (HypBankG) sowie der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) aufgestellt worden.

Unsere Bank ist in allen Sparten einer Geschäftsbank und Hypothekbank tätig. Nach § 24 HypBankG ist deshalb das allgemeine Formblatt der RechKredV um die zusätzlichen Untergliederungen für Realkreditinstitute zu ergänzen.

## VERÄNDERUNGEN

### IN DER HYPOVEREINSBANK AG

Zur Steigerung der Effizienz der Aufbauorganisation der HVB Group haben sich im Berichtsjahr durch Ausgliederungen, Übernahmen und Übertragungen von Geschäftsaktivitäten sowie durch Veräußerungen eine Reihe von Veränderungen in der HypoVereinsbank AG ergeben, die zur Analyse der Zahlen einzelner Posten des Jahresabschlusses bedeutend sind. Insbesondere betrifft dies:

1. Ausgliederung des Bereichs »Bauten und Betrieb«  
Um die Immobilienaktivitäten innerhalb der HVB Group zu bündeln, haben wir in einem ersten Schritt den Bereich »Bauten und Betrieb« mit den dazugehörigen Immobilien und Objektgesellschaften aus der HypoVereinsbank AG auf die HVB Gesellschaft für Gebäude mbH & Co KG nach den Vorschriften des UmwG mit Wirkung zum 1. Januar 2001 ausgegliedert.

Die an diese Gesellschaft übertragenen Vermögensgegenstände sind somit nicht mehr in der Bilanz der HypoVereinsbank AG enthalten, die Übertragungen erfolgten zum Buchwert. Leistungen, die uns von dieser Gesellschaft in Rechnung gestellt werden, zählen zu den anderen Verwaltungsaufwendungen.

## 2. Übertragungen von Geschäftsaktivitäten auf andere Gesellschaften

Im Berichtsjahr wurden Dienstleistungsfunktionen, die bislang von der HypoVereinsbank AG wahrgenommen wurden, auf die folgenden Gesellschaften übertragen:

- HVB Systems GmbH zum 1. August 2001; der IT-Bereich wurde auf die bestehende konsolidierte FMIS Financial Markets Information Services GmbH übertragen, die zeitgleich in die HVB Systems GmbH umfirmiert wurde.
- Food & more GmbH zum 1. Juli 2001.

Die uns von diesen Gesellschaften berechneten Leistungen zählen zu den anderen Verwaltungsaufwendungen. Mit beiden Gesellschaften wurde ein Ergebnisabführungsvertrag abgeschlossen.

## 3. Übernahmen und Übertragungen im Zusammenhang mit der Integration der Bank Austria

### a) Übernahmen von Gesellschaften bzw. Geschäftsaktivitäten:

- Die BA/CA Deutschland AG wurde rückwirkend per 1. Januar 2001 auf die HypoVereinsbank AG verschmolzen.
- Die Bank-Austria-Töchter und -Niederlassungen in Deutschland, Westeuropa, Amerika und Asien wurden an die HypoVereinsbank AG übertragen und mit den bereits bestehenden Einheiten zusammengelegt. Für die noch nicht übernommene Bank-Austria-Niederlassung New York wurde ein Geschäftsbesorgungsvertrag abgeschlossen, nach dem die Ergebnisse dieser Einheit der HypoVereinsbank AG zustehen.
- Die CB Bank Austria Creditanstalt (Russia) ZAO haben wir erworben und per 1. Oktober 2001 mit der International Moscow Bank verschmolzen.
- Die Banco BBA-Creditanstalt S. A., Brasilien, haben wir per 15. Dezember 2001 übernommen.

### b) Übertragungen von Gesellschaften bzw. Geschäftsaktivitäten in CEE-Ländern an die Bank Austria:

- SKWB Schoellerbank AG,
- BPH Bank Przemyslowo-Handlowy S. A. in Tranchen; fusioniert zum Jahresende mit der Powszechny Bank Kredytowy S. A. (jetzt: Bank Przemyslowo-Handlowy PBK S. A.),
- HypoVereinsbank CZ a. s. (jetzt: HVB Bank Czech Republic a. s.),
- HypoVereinsbank Hungaria Rt. (jetzt: HVB Bank Hungary Rt.),
- HypoVereinsbank Slovakia a. s., (jetzt: HVB Bank Slovakia a. s.),
- Niederlassung Zagreb.

Die Übertragungen erfolgten zum Buchwert.

## 4. Veräußerungen

- Sowohl unsere direkt wie auch die über die Hypo (UK) Holdings Limited mittelbar gehaltenen Anteile an der Foreign & Colonial haben wir zum 20. März 2001 veräußert. Der Veräußerungsgewinn aus den direkt gehaltenen Anteilen ist in der GuV-Staffelposition »Saldo sonstiges Geschäft« enthalten, aus der mittelbaren Beteiligung ist er uns durch die höhere Ausschüttung unserer Tochter im Zinsüberschuss zugeflossen.
- Die FGH Bank N.V. wurde per 28. Dezember 2001 an die HVB Real Estate Bank AG übertragen. Der hieraus entstandene Gewinn ist in der GuV-Staffelposition »Saldo sonstiges Geschäft« enthalten.

## **BILANZIERUNGS-, BEWERTUNGS- UND AUSWEISMETHODEN**

Auf Änderungen der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sowie auf Ausweisänderungen weisen wir bei den jeweiligen Positionen hin.

Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel (Aktivposten 2) sind mit ihrem Barwert, also um Abzinsungsbeträge gekürzt, ausgewiesen.

Die Bewertung unserer Forderungen (Aktivposten 3 und 4) erfolgt grundsätzlich nach dem strengen Niederstwertprinzip des § 253 Abs. 3 Satz 1 HGB. Für alle erkennbaren Adressrisiken im in- und ausländischen Kreditgeschäft haben wir Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen in Höhe der erwarteten Ausfälle gebildet. Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen werden aufgelöst, soweit das Kreditrisiko entfallen ist, oder verbraucht, wenn die Forderung als uneinbringlich eingestuft und abgebucht wird.

Für grenzüberschreitende Ausleihungen mit akutem Transferrisiko oder Bürgschaftsverpflichtungen mit vergleichbarem Risiko bilden wir pauschalierte Einzelwertberichtigungen oder Rückstellungen. In die Länderwertberichtigung beziehen wir neben umgeschuldeten Krediten weitere Finanzkredite (Laufzeiten über ein Jahr) ein. Uns zustehende, werthaltige Sicherheiten vermindern dabei unser Ausfallrisiko. Der Kreis der Länder mit akutem Transferrisiko und die Höhe des entsprechenden Wertberichtigungssatzes wird der jeweiligen aktuellen Risikoposition angepasst.

Latenten Kreditrisiken tragen wir durch die Bildung von Pauschalwertberichtigungen Rechnung, soweit dies geboten und nach den jeweiligen landesrechtlichen Vorschriften zulässig ist. Bei der Bewertung der inländischen latenten Kreditrisiken wenden wir die Grundsätze der deutschen Finanzverwaltung zur steuerlichen Anerkennung von Pauschalwertberichtigungen bei Kreditinstituten an. Kreditausfälle, für die bisher keine bzw. keine ausreichenden Einzelwertberichtigungen gebildet wurden, behandeln wir als Verbrauch der Pauschalwertberichtigungen.

Wie die übrigen Forderungen setzen wir auch die Hypothekendarlehen mit ihrem Nennbetrag an. Unterschiede zwischen Nenn- und Auszahlungsbeträgen werden in die Rechnungsabgrenzung eingestellt und planmäßig erfolgswirksam aufgelöst.

Wertpapiere sind in den Bilanzpositionen Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (Aktivposten 5) sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (Aktivposten 6) ausgewiesen. Die gesamten Wertpapiere haben wir nach definierten Kriterien wie Haltedauer und Geschäftszweck dem Handels-, Anlage- oder Liquiditätsvorsorgebestand (Wertpapiere, die weder Teil des Handelsbestandes sind noch wie Anlagevermögen behandelt werden) zugeordnet. Der Gesamtbestand der Bank besteht zum Bilanzstichtag zu 46,3% aus Handelsbeständen, zu 47,6% aus Wertpapieren der Liquiditätsvorsorge und zu 6,1% aus Wertpapieren, die wie Anlagevermögen behandelt wurden. Die wie Anlagevermögen behandelten Wertpapiere schreiben wir nur bei erkennbaren Adressrisiken ab. Handels- und Liquiditätsvorsorgebestände bewerten wir dagegen grundsätzlich nach dem strengen Niederstwertprinzip des § 253 Abs. 3 Satz 1 HGB. Sie gehören in der Regel zu Portfolien, die wir nach den Grundsätzen der Bewertung von Bewertungseinheiten behandeln (vergleiche dazu unsere nachstehenden Ausführungen).

Derivative Finanzgeschäfte sind schwebende Geschäfte und damit grundsätzlich nicht in der Bilanz auszuweisen. Sie werden bei Abschluss entsprechend ihrer Zweckbestimmung als Handels- oder als Sicherungsgeschäfte klassifiziert und dokumentiert, wobei sie auch innerhalb der Handelsbestände Sicherungsfunktion haben können. Unabhängig davon, ob die genannten Instrumente Handels- oder Sicherungsfunktion haben, bewerten wir sie grundsätzlich einzeln.

Der Grundsatz des »True and Fair View« erfordert insbesondere für derivative Finanzinstrumente eine betriebswirtschaftlich richtige Behandlung, die verzerrende Auswirkungen auf die Ertragslage vermeidet. Für gleiche Risikoarten bilden wir deshalb ex ante definierte, strengen Voraussetzungen unterliegende und dokumentierte Bewertungseinheiten aus bilanzwirksamen Grundgeschäften (zum Beispiel festverzinslichen Wertpapieren) und dazugehörigen Hedgeinstrumenten (zum Beispiel Interest Rate Swaps). Innerhalb der einzelnen Bewertungseinheit verrechnen wir positive und negative Bewertungsergebnisse der einzelnen Finanzinstrumente. Ein danach verbleibender Gewinn wird bei der Ergebnisermittlung grundsätzlich nicht berücksichtigt, für einen Verlustsaldo bilden wir eine Rückstellung für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften. Dieses Verfahren wenden wir sowohl für die Handelsportfolien als auch in der Regel für die Bankbuchportfolien an.

Ausführliche Angaben zu unseren Termingeschäften mit detaillierten Aufgliederungen des Nominalvolumens und der Kontrahentenstruktur haben wir in den Risikobericht aufgenommen.

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen (Aktivposten 7 und 8) werden zu Anschaffungskosten oder – bei dauerhafter Wertminderung – zum niedrigeren Wert am Bilanzstichtag angesetzt.

Gewinne und Verluste bei Personengesellschaften sowie Gewinnausschüttungen von Kapitalgesellschaften erfassen wir bei Mehrheitsbeteiligungen periodengleich im Jahr des Entstehens. Die von der HypoVereinsbank AG bei der HVB Banque Luxembourg S. A., Luxemburg, geleistete stille Einlage wird gewinnabhängig verzinst. Die Zinsen werden phasengleich vereinnahmt.

Beim Ausweis der Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren (E.7) sowie der Abschreibungen und Wertberichtigungen auf diese Finanzanlagen (A.9) wenden wir das Wahlrecht des § 340 c Abs. 2 Satz 2 HGB an. Wir kompensieren die entsprechenden Aufwendungen und Erträge, die auch Erfolge aus der Veräußerung von Finanzanlagen enthalten.

Den unter immaterielle Anlagewerte (Aktivposten 10) ausgewiesenen Geschäfts- oder Firmenwert schreiben wir nach § 255 Abs. 4 Satz 2 HGB ab dem nächsten Geschäftsjahr pauschal ab.

Unser Sachanlagevermögen (Aktivposten 11) bewerten wir zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, die wir – soweit es sich um abnutzbare Vermögensgegenstände handelt – um planmäßige lineare Abschreibungen entsprechend der erwarteten Nutzungsdauer mindern. Dabei lehnen wir uns eng an die Abschreibungsvorschriften des § 7 EStG in Verbindung mit den amtlichen Abschreibungstabellen für Mobilien an. Geringwertige Wirtschaftsgüter werden im Anschaffungsjahr voll abgeschrieben und im Anlagespiegel als Zu- und Abgang gezeigt. Zugänge bei Vermögensgegenständen der Betriebs- und Geschäftsausstattung schreiben wir im Jahr der Anschaffung zeitanteilig ab.

Verbindlichkeiten (Passivposten 1 bis 3 und 9) passivieren wir mit ihrem Rückzahlungsbetrag; eine Differenz zum Ausgabebetrag wird in die Rechnungsabgrenzung eingestellt und planmäßig aufgelöst. Dagegen setzen wir Verbindlichkeiten ohne laufende Zinszahlungen mit ihrem Barwert an.

Rückstellungen für Steuern, ungewisse Verbindlichkeiten und drohende Verluste aus schwebenden Geschäften (Passivposten 7) bemessen wir entsprechend den Grundsätzen vorsichtiger kaufmännischer Beurteilung in Höhe der voraussichtlichen Inanspruchnahme. Der Ansatz erfolgt zum Nominalwert, soweit nicht die bilanzrechtlichen Vorschriften eine Abzinsung erfordern. Pensionsrückstellungen haben wir nach versicherungsmathematischen Grundsätzen (Rechnungszinsfuß 6%) mit dem Teilwert nach § 6 a EStG in Verbindung mit R 41 EStR in steuerlich maximal zulässiger Höhe gebildet. Den sich aus den in 1998 überarbeiteten Sterbetafeln ergebenden Anpassungsbetrag haben wir – entsprechend den steuerlichen Vorgaben – letztmals mit einem Drittel zugeführt.

Ergebnisunterschiede zwischen Handelsbilanz und Steuerbilanz, die sich im Zeitablauf voraussichtlich wieder ausgleichen (so genannte Timing Differences), werden in Nebenrechnungen dokumentiert. Aktivische und passivische latente Steuern werden saldiert. Der bisher angesetzte aktivische Saldo wurde gemäß § 274 Abs. 2 HGB nicht mehr berücksichtigt.

In der Gewinn- und Verlustrechnung weisen wir die Aufwendungen für E-Commerce entgegen dem Vorjahr nicht mehr separat aus, sondern erfassen sie entsprechend ihrer Art bei den anderen Verwaltungsaufwendungen.

Unser Jahresüberschuss ist durch steuerlich bedingte Mehrabschreibungen bzw. unterlassene Zuschreibungen nicht beeinflusst worden.

## **WÄHRUNGSUMRECHNUNG**

Die Währungsumrechnung erfolgt nach den in § 340 h HGB vorgegebenen Grundsätzen. Daneben beachten wir die zur Währungsumrechnung für Kreditinstitute vom Bankenfachausschuss des Instituts der Wirtschaftsprüfer erlassene Stellungnahme 3/1995. Danach werden auf ausländische Währung lautende Vermögensgegenstände und Schulden sowie am Bilanzstichtag nicht abgewickelte Kassageschäfte grundsätzlich mit marktgerechten Kursen am Bilanzstichtag in Euro umgerechnet. Wie Anlagevermögen behandelte Vermögensgegenstände ohne besondere Deckung werden demgegenüber mit ihrem Anschaffungskurs angesetzt. Nicht abgewickelte Termingeschäfte werden zum Terminkurs am Bilanzstichtag bewertet.

Erfolge, die sich aus der Währungsumrechnung bilanzwirksamer Positionen sowie aus der Bewertung von Terminkontrakten zum Jahresultimo ergeben, werden in der Gewinn- und Verlustrechnung berücksichtigt. Darin enthaltene Umrechnungsgewinne aus sich im Zahlungsverkehr ergebenden offenen Positionen werden zeitnah realisiert. Signifikante Erfolgsverschiebungen ergeben sich dabei nicht. Bei vorhandenen strategischen Währungspositionen bilden wir für negative Bewertungsergebnisse Rückstellungen für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften. Nicht realisierte positive Bewertungsergebnisse bleiben dagegen außer Ansatz.

# ANGABEN ZUR BILANZ

## LAUFZEITGLIEDERUNG BESTIMMTER AKTIVPOSTEN

in Mio €	2001	2000
A 3 b) Andere Forderungen an Kreditinstitute mit Restlaufzeit		
bis 3 Monate	36 690	26 705
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	5 101	4 207
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	4 882	4 380
mehr als 5 Jahre	1 484	1 160
A 4) Forderungen an Kunden mit Restlaufzeit		
bis 3 Monate	22 707	22 597
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	12 607	10 659
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	43 952	37 572
mehr als 5 Jahre	119 579	118 603
mit unbestimmter Laufzeit	15 691	14 063
A 5) Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere im Folgejahr fällig werdende Beträge	14 341	14 528

## LAUFZEITGLIEDERUNG BESTIMMTER PASSIVPOSTEN

in Mio €	2001	2000
P 1 b) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist mit Restlaufzeit		
bis 3 Monate	47 105	35 870
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	11 902	13 699
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	9 638	7 106
mehr als 5 Jahre	6 508	6 053
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
P 2 a) Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten mit Restlaufzeit		
bis 3 Monate	8	8
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	87	119
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	179	208
mehr als 5 Jahre	—	—
P 2 b) Begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe, P 2 c) begebene öffentliche Namenspfandbriefe, P 2 db) andere Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist mit Restlaufzeit		
bis 3 Monate	32 384	25 150
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	3 696	3 612
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	20 169	17 600
mehr als 5 Jahre	17 411	18 217
Verbriefte Verbindlichkeiten		
P 3 a) Begebene Schuldverschreibungen im Folgejahr fällig werdende Beträge	60 306	54 475
P 3 b) Andere verbriefte Verbindlichkeiten mit Restlaufzeit		
bis 3 Monate	127	733
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	—	—
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	—	—
mehr als 5 Jahre	—	—

## BEZIEHUNGEN ZU VERBUNDENEN UNTERNEHMEN UND ZU BETEILIGUNGSUNTERNEHMEN

in Mio €	an / gegenüber	an / gegenüber	an / gegenüber	an / gegenüber
	verbundene(n)	verbundene(n)	Unternehmen	Unternehmen
	Unternehmen	Unternehmen	mit Beteiligungs-	mit Beteiligungs-
	2001	2000	verhältnis	verhältnis
			2001	2000
Forderungen an Kreditinstitute	32 954	20 600	670	338
Forderungen an Kunden	6 029	7 150	1 076	1 267
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	3 946	2 539	174	5
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	13 044	8 452	438	376
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	6 769	3 645	1 045	200
Verbriefte Verbindlichkeiten	6 190	7 474	62	21
Nachrangige Verbindlichkeiten	1 753	902	—	—

## TREUHANDGESCHÄFTE

Die Gesamtbeträge des Treuhandvermögens und der Treuhandverbindlichkeiten gliedern sich in folgende Aktiv- und Passivpositionen:

in Mio €	2001	2000
Forderungen an Kreditinstitute	—	—
Forderungen an Kunden	13	15
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	—	—
Beteiligungen	17	17
Sonstige Vermögensgegenstände	—	—
<b>Treuhandvermögen</b>	<b>30</b>	<b>32</b>
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	13	15
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	17	17
Sonstige Verbindlichkeiten	—	—
<b>Treuhandverbindlichkeiten</b>	<b>30</b>	<b>32</b>

## VERMÖGENSGEGENSTÄNDE UND SCHULDEN IN FREMDWÄHRUNG

Rund 69,6% unseres Fremdwährungsvolumens bestehen aus USD, 7,2% aus JPY und 14,1% aus GBP.

Dargestellt sind die Euro-Gegenwerte aller Währungen. Betragliche Unterschiede zwischen Vermögensgegenständen und Schulden sind in der Regel durch außerbilanzielle Geschäfte ausgeglichen.

in Mio €	2001	2000
Vermögensgegenstände	100 977	78 419
Schulden	120 516	94 383

## NACHRANGIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

Nachrangige Vermögensgegenstände sind in folgenden Aktivposten enthalten:

in Mio €	2001	2000
Forderungen an Kreditinstitute	455	246
Forderungen an Kunden	231	70
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	842	822
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	2	6
davon: eigene Genussscheine aus Marktpflegebeständen	—	1

## WERTPAPIERE UND FINANZANLAGEN

Die in den entsprechenden Bilanzpositionen enthaltenen börsenfähigen Wertpapiere teilen sich nach börsennotierten und nicht börsennotierten Wertpapieren wie folgt auf:

in Mio €	börsenfähige	börsenfähige	davon	davon	davon nicht	davon nicht
	Wertpapiere	Wertpapiere	börsennotiert	börsennotiert	börsennotiert	börsennotiert
	2001	2000	2001	2000	2001	2000
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	65 902	50 959	59 563	43 075	6 339	7 884
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	7 739	9 527	7 672	9 432	67	95
Beteiligungen	301	781	289	778	12	3
Anteile an verbundenen Unternehmen	9 453	9 528	2 465	2 548	6 988	6 980

Insgesamt sind börsenfähige Wertpapiere des Anlagevermögens mit einem Bilanzwert von 2430 Mio € nicht mit dem niedrigeren am Bilanzstichtag beizulegenden Wert bewertet.



durchschnittlichen Verkaufspreis von 45,85 € je Stück wieder veräußert. Der Mindererlös ist in den Aufwendungen enthalten. Die gekauften Stücke entsprechen einem Betrag von 116 Mio € bzw. 7,2% des Grundkapitals.

Der höchste Tagesbestand an eigenen Aktien einschließlich der für unsere Mitarbeiter vorgesehenen Aktien belief sich während des Berichtsjahres auf 1 009 306 Stück (das entspricht einem Betrag von 3 Mio € bzw. 0,2% des Grundkapitals).

Am Jahresende waren uns und von uns abhängigen oder in unserem Mehrheitsbesitz stehenden Unternehmen gemäß § 71 e Abs. 1 Satz 2 AktG insgesamt 1 474 265 Stück eigene Aktien als Sicherheit verpfändet. Dies entspricht einem Betrag von 4 Mio € bzw. einem Anteil von 0,3% des Grundkapitals.

## IMMATERIELLE ANLAGEWERTE

In 2001 haben wir die ehemaligen Bank-Austria-Filialen in London, Singapur und Hongkong in die HypoVereinsbank AG integriert. Die Filialzusammenführung wird nach der Erwerbsmethode bilanziert. Der dabei ermittelte Geschäfts- oder Firmenwert in Höhe von 246 Mio € wird nach § 255 Abs. 4 Satz 2 HGB ab dem nächsten Geschäftsjahr pauschal abgeschrieben.

		Abschreibungen				Restbuchwert	
Umbuchungen	Zuschreibungen	kumuliert	Abgänge	kumuliert nach	Geschäftsjahr	31. 12. 2001	31. 12. 2000
Geschäftsjahr <sup>3</sup>	Geschäftsjahr		kumuliert wegen	Teilbetriebs-			
			Teilbetriebs-	ausgliederung			
			ausgliederung				
6	7	8	9	10	11	12	13
—	—	—	—	—	—	246	—
—	—	1 253	594	659	185	354	1 097
—	—	32	—	32	2	19	20
—	—	—	—	—	—	25	28
Veränderungen						Restbuchwert	Restbuchwert
+/- <sup>1</sup>						31. 12. 2001	31. 12. 2000
- 288						1 925	1 799
- 387						14 487	13 734
+ 4 581						4 581	—

## SACHANLAGEN

in Mio €	2001	2000
Im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Gebäude	—	380
Betriebs- und Geschäftsausstattung	354	686
darunter: Leasinggegenstände	19	20

Im Zuge der Teilbetriebsausgliederung »Bauten und Betrieb« werden die Grundstücke und Gebäude sowie ein Teil der Betriebs- und Geschäftsausstattung auf die HVB Gesellschaft für Gebäude mbH & Co KG übertragen.

## SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

in Mio €	2001	2000
Inkassopapiere wie Schecks, fällige Schuldverschreibungen, Zins- und Dividendenscheine	452	292
Bezahlte Prämien für noch nicht fällige Optionsgeschäfte	2 308	2 062
Gewinnansprüche	707	600
Bewertungsausgleichsposten für gebundene Währungspositionen	711	611
Gesellschaftsanteile zur Weiterveräußerung	232	274
Kaufpreisforderungen	537	6
Kapitalanlagen bei Lebensversicherungsgesellschaften	255	226
Ansprüche auf Steuererstattungen	378	257

## AKTIVE RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN

in Mio €	2001	2000
Disagio aus Verbindlichkeiten	404	413
Agio aus Forderungen	15	21

## SICHERHEITENÜBERTRAGUNG FÜR EIGENE VERBINDLICHKEITEN

Für nachstehende Verbindlichkeiten wurden Vermögensgegenstände in Höhe von insgesamt 25 209 Mio € als Sicherheit übertragen.

in Mio €	2001	2000
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	22 073	15 701
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	3 136	1 439
Verbrieftete Verbindlichkeiten	—	—
Eventualverbindlichkeiten	—	—

Die eigenen Verbindlichkeiten, für die wir Sicherheiten stellen, betreffen unter anderem Sonderkreditmittel der KfW und ähnlicher Institute, die wir zu deren Bedingungen weitergegeben haben, sowie Sicherheitsleistungen für Rückgabeverpflichtungen aus Wertpapierleihgeschäften.

Als Pensionsgeber echter Pensionsgeschäfte haben wir Vermögensgegenstände mit einem Buchwert von 17 625 Mio € verpensioniert. Die Vermögensgegenstände sind weiterhin Bestandteil unserer Aktiva, die erhaltenen Gegenwerte weisen wir unter den Verbindlichkeiten aus. Es handelt sich überwiegend um Offenmarktgeschäfte mit der Deutschen Bundesbank und Geschäfte an internationalen Geldmärkten.

Zum Bilanzstichtag haben wir Wertpapiere im Wert von nominal 2072 Mio € als Sicherheit für Geschäfte an der Terminbörse EUREX Frankfurt AG sowie gegenüber Clearingstellen (Clearstream Banking Luxembourg und Clearstream Banking Frankfurt) verpfändet.

Auf Grund der Geschäftstätigkeit im Ausland hatten wir zum Jahresende Vermögenswerte in Höhe von 3258 Mio € entsprechend den Bestimmungen des jeweiligen Landes als Sicherheit hinterlegt.

## SONSTIGE VERBINDLICHKEITEN

in Mio €	2001	2000
Ausgleichsposten für Swapgeschäfte und gebundene Währungspositionen	69	447
Erhaltene Prämien für noch nicht fällige Optionsgeschäfte	2 444	2 070
Noch nicht fällige Zinsen auf Genussrechtskapital	35	59
Verbindlichkeiten aus Zuschüssen an und Verlustübernahmen von Tochtergesellschaften	361	261
Verbindlichkeiten aus Wertpapier-Short-Positionen	1 650	1 636
Verbindlichkeiten aus der Neustrukturierung des Geschäftsbereichs Amerika	—	171
Verpflichtungen aus Schuldübernahmen	372	91

## PASSIVE

### RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN

Die Disagien aus zum Nennwert bilanzierten Forderungen betragen 784 Mio €.

### RÜCKSTELLUNGEN

In den anderen Rückstellungen sind die nachfolgend aufgeführten Posten enthalten:

in Mio €	2001	2000
Rückstellungen im Kreditgeschäft	276	486
Rückstellungen für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften	373	367
Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten	701	602
darunter:		
Prämienzahlungen für Sparverträge	26	31
Jubiläumzahlungen	66	62
Zahlungen für Vorruhestand, Altersteilzeit u. ä.	65	51
Zahlungen an Mitarbeiter	178	239
<b>Andere Rückstellungen insgesamt</b>	<b>1 350</b>	<b>1 455</b>

### SONDERPOSTEN MIT RÜCKLAGEANTEIL

Auf Grund steuerlicher Vorschriften hatten wir in früheren Jahren vorgenommene Abschreibungen auf Anteile an verbundenen Unternehmen und an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, rückgängig gemacht, soweit sich der Wert wieder erhöht hatte. Aus diesem Buchgewinn hatten wir 1999 gemäß § 52 Abs. 16 Satz 3 EStG 128 Mio € dem Sonderposten mit Rücklageanteil zugeführt. Den zu Beginn dieses Jahres noch bestehenden Sonderposten in Höhe von 96 Mio € haben wir vollständig aufgelöst.

### NACHRANGIGE VERBINDLICHKEITEN

In dieser Position sind anteilige Zinsen in Höhe von 186 Mio € enthalten. Im Jahr 2001 sind Zinsaufwendungen von 618 Mio € angefallen.

Bei allen nachrangigen Verbindlichkeiten kann eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung nicht entstehen. Im Falle der Insolvenz oder der Liquidation dürfen sie erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückgezahlt werden. Bei bankaufsichtsrechtlichen Eigenmitteln werden diese nachrangigen Verbindlichkeiten als Ergänzungskapital oder Drittrangmittel angerechnet.

Im Gesamtbetrag ist kein Einzelposten enthalten, der 10% der nachrangigen Verbindlichkeiten übersteigt.

## GENUSSRECHTSKAPITAL

<b>Inhaber-Wandelgenussscheine von 1991 WKN 802 018</b>	Nennbetrag umgerechnet in Mio €
Inhaber-Wandelgenussscheine insgesamt	1
eingeteilt in Inhaber-Wandelgenussscheine	
Stück 1 879 zu je € 511,29 (DM 1 000,-)	
Stück 6 zu je € 5 112,92 (DM 10 000,-)	

Die Genussscheininhaber haben einen dem Gewinnanteil der Aktionäre vorgehenden Zinsanspruch von jährlich 9,25% des Nennbetrags. Der Zinsanspruch mindert sich mit Nachzahlungsanspruch, soweit sich durch eine Ausschüttung ein Jahresfehlbetrag ergeben würde.

Die Rückzahlung erfolgt zum Nennbetrag – vorbehaltlich einer Teilnahme am Verlust – am Tag nach der Hauptversammlung, die über das Geschäftsjahr 2001 beschließt. Die Teilnahme an einem etwaigen Jahresfehlbetrag mindert den Rückzahlungsanspruch anteilig. Jahresüberschüsse in den Folgejahren erhöhen die Rückzahlungsansprüche wieder bis maximal zum Nennbetrag.

Die mit den Genussscheinen verbundenen Rechte auf Wandlung in Aktien der Bank sind am 15. Dezember 1999 abgelaufen.

Die Genussscheine verbriefen Gläubigerrechte, sie gewähren keinen Anteil am Liquidationserlös.

<b>Inhaber-Genussscheine von 1997 WKN 802 180</b>	Nennbetrag umgerechnet in Mio €
Inhaber-Genussscheine insgesamt	511
eingeteilt in Genussscheine	
Stück 1 000 000 zu je € 511,29 (DM 1000,-)	

Die Genussscheininhaber haben einen dem Gewinnanteil der Aktionäre vorgehenden Zinsanspruch von jährlich 6,75% des Nennbetrags. Der Zinsanspruch mindert sich ohne Nachzahlungsanspruch, soweit sich durch eine Ausschüttung ein Jahresfehlbetrag ergeben würde.

Die Rückzahlung erfolgt zum Nennbetrag – vorbehaltlich einer Teilnahme am Verlust – am Tag nach der Hauptversammlung, die über das Geschäftsjahr 2007 beschließt. Die Teilnahme an einem etwaigen Jahresfehlbetrag mindert den Rückzahlungsanspruch anteilig. Jahresüberschüsse in den Folgejahren erhöhen die Rückzahlungsansprüche wieder bis maximal zum Nennbetrag.

Die Genussscheine verbriefen Gläubigerrechte, sie gewähren keinen Anteil am Liquidationserlös.

Die Genussscheine stellen für die Bank Eigenmittel im Sinne von § 10 Abs. 5 KWG dar.

# EIGENKAPITAL

## ENTWICKLUNG DES BILANZIELLEN EIGENKAPITALS

	in Mio €	in Mio €
<b>Gezeichnetes Kapital</b> Stand 1. 1. 2001	1 607	
Zugang aus Kapitalerhöhung für Belegschaftsaktien	2	
Stand 31. 12. 2001		1 609
<b>Kapitalrücklage</b> Stand 1. 1. 2001	13 228	
Einstellung aus Agio Kapitalerhöhung	45	
Stand 31. 12. 2001		13 273
<b>Gewinnrücklagen</b>		
<b>Gesetzliche Rücklage</b>		
Stand 1. 1. 2001	56	
Einstellungen aus dem Jahresüberschuss	—	
Stand 31. 12. 2001		56
<b>Andere Gewinnrücklagen</b>		
Stand 1. 1. 2001	2 712	
Einstellungen aus dem Jahresüberschuss	100	
Stand 31. 12. 2001		2 812
<b>Bilanzgewinn</b> Stand 1. 1. 2001	456	
Ausschüttung der HypoVereinsbank AG in 2001	- 456	
Jahresüberschuss	557	
Einstellung aus dem Jahresüberschuss in andere Gewinnrücklagen	- 100	
Stand 31. 12. 2001		457
<b>Eigenkapital</b> Stand 31. 12. 2001		<b>18 207</b>

Die Kapitalerhöhung im April für Belegschaftsaktien (800 000 Stück) erfolgte unter teilweiser Ausnutzung des genehmigten Kapitals. Das gezeichnete Kapital beträgt per 31. Dezember 2001 nominal 1609 Mio €.

## GENEHMIGTES KAPITAL

Beschlussjahr	ursprünglicher Betrag in Mio €	noch vorhandener Betrag in Mio €	Befristung
2001	780	780	22. 5. 2006

Das genehmigte Kapital aus 2000 ist durch Beschluss der Hauptversammlung vom Mai 2001 erloschen.

## BEDINGTES KAPITAL

in Mio €	31. 12. 2001	Befristung
Beschluss der Hauptversammlung von 2000	300	3. 5. 2005

## ANTEILE AM GRUNDKAPITAL DER HYPOVEREINSBANK AG ÜBER 5%

in %	2001	2000
Allianz AG	13,7	13,7
E.ON AG	6,6	6,6
AV-Z Kapitalgesellschaft mbH	5,2	—
Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft AG	5,1	5,1
BA-Holding AG	—	21,3

## ANTEILSBESITZLISTE GEMÄSS § 285 NR. 11 HGB

Die vollständige Aufstellung des Anteilsbesitzes als Bestandteil des Anhangs ist beim Handelsregister in München hinterlegt und kann unter unserer Internetadresse

[www.hvbgroup.com/anteilsbesitzliste](http://www.hvbgroup.com/anteilsbesitzliste)

abgerufen werden.

# ANGABEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

Eine Gewinn- und Verlustrechnung in Staffelform haben wir in den Lagebericht aufgenommen.

## DIENSTLEISTUNGSGESCHÄFTE GEGENÜBER DRITTEN

Wesentliche Dienstleistungen gegenüber Dritten erbrachten wir in der Depot- und Vermögensverwaltung sowie in der Vermittlung von Versicherungen, Bausparverträgen und Fondsanteilen.

## GEOGRAPHISCHE AUFTEILUNG DER ERTRÄGE

- Die
- Zinserträge,
  - laufenden Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen,
  - Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen,
  - Provisionserträge,
  - sonstigen betrieblichen Erträge sowie
  - das Nettoergebnis aus Finanzgeschäften
- verteilen sich regional wie folgt:

in Mio €	2001	2000
Deutschland	15 952	15 951
Übriges Europa	2 245	2 019
Amerika	1 783	1 921
Asien	732	389

## AUFGLIEDERUNG DER SONSTIGEN BETRIEBLICHEN AUFWENDUNGEN UND ERTRÄGE

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten unter anderem Beträge für die Betriebsgemeinschaft und das Personal.

Darüber hinaus haben wir unseren Beitrag zur Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft«, für den wir bereits im Vorjahr eine wesentliche Zahlung geleistet hatten, im Berichtsjahr noch einmal deutlich erhöht.

Durch die Verschmelzung eines Finanzunternehmens, mit dem wir einen Teil der strategischen Aktienbestände abgesichert und kurzfristigen Geldhandel betrieben haben, realisierten wir einen Ertrag in Höhe von 555 Mio €.

Unter den sonstigen betrieblichen Erträgen sind außerdem Einnahmen aus der Vermietung und Verpachtung, aus dem Verkauf von Immobilien sowie Leasingerträge in Höhe von 3 Mio € enthalten.

## STEUERN VOM EINKOMMEN UND VOM ERTRAG

Von den Steuern vom Einkommen und vom Ertrag entfallen 185 Mio € auf die Auflösung aktiver latenter Steuern gemäß § 274 Abs. 2 HGB sowie 145 Mio € auf das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit. Bei den Steuern vom Einkommen und vom Ertrag sowie den sonstigen Steuern sind insgesamt 32 Mio € an Organisationsgesellschaften weiterbelastete Steuern gekürzt.

## SONSTIGE ANGABEN

### EURO-BARGELDVERSORGUNG

Ab September 2001 erfolgten die Auslieferungen von Euro-Noten und -Münzen durch die Deutsche Bundesbank, das so genannte Euro-Frontloading, sowie die Weitergabe von Euro-Bargeld an unsere Geschäftskunden (Sub-Frontloading). Ab dem 17. Dezember 2001 wurden die Münzhaushaltsmischungen (Starterkits) mit einem Wert von je 10,23 € gegen Zahlung von 20,- DM an die Privatkunden ausgegeben.

Insgesamt forderten wir von der Deutschen Bundesbank Noten und Münzen im Gegenwert von 1369 Mio € an. Davon wurden vor dem Jahreswechsel insgesamt 286 Mio € an Geschäftskunden und Banken weitergegeben. An unsere Privatkunden haben wir im Dezember insgesamt 1,2 Mio Stück Starterkits im Gegenwert von 12 Mio € verkauft. Damit haben wir 1071 Mio € bei uns bzw. den von uns beauftragten Werttransportunternehmen zur Ausgabe ab 2002 bereitgehalten.

### HAFTUNGSVERHÄLTNISSE UND SONSTIGE FINANZIELLE VERPFLICHTUNGEN

Der Gesamtbetrag der Eventualverbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen von 28 744 Mio € setzt sich im Einzelnen wie folgt zusammen:

in Mio €	2001	2000
Kreditbürgschaften	5 740	3 752
Erfüllungsgarantien und Gewährleistungen	21 309	16 765
Außenhandelsbezogene Bürgschaften (Akkreditive)	1 695	1 432

Die unwiderruflichen Kreditzusagen in Höhe von 47 173 Mio € beziehen sich im Einzelnen auf:

in Mio €	2001	2000
Buchkredite	43 324	38 391
Hypotheken- und Kommunaldarlehen	2 480	2 891
Avalkredite	1 177	1 645
Wechselkredite	192	270

Sonstige finanzielle Verpflichtungen entstehen insbesondere im Immobilien- und IT-Bereich. Sie belaufen sich auf rund 383 Mio € jährlich. Ein wesentlicher Teilbereich davon entfällt auf Verträge mit Tochtergesellschaften. Die Vertragslaufzeiten sind marktüblich, Belastungsverschiebungen in künftige Geschäftsjahre erfolgten nicht.

Gegenüber Hotelbetriebsgesellschaften, an denen wir mittelbar mehrheitlich beteiligt sind, haben wir erklärt, dass wir etwaige Verluste dieser Gesellschaften durch Ertragszuschüsse ausgleichen werden.

Im Rahmen der Grundstücksfinanzierung und -entwicklung wurden von Fall zu Fall zur Förderung der Vermarktbarkeit von Fondskonstruktionen – insbesondere so genannte Leasingfonds und (geschlossene) KG-Immobilienfonds der Tochtergesellschaft H. F. S. Hypo-Fondsbeteiligungen für Sachwerte GmbH – Mieteintrittsverpflichtungen oder Mietgarantien übernommen. Erkennbare Risiken aus diesen Garantien sind berücksichtigt worden. Zugunsten von Anteilsinhabern von Renten-/Geldmarktfonds einiger unserer Kapitalanlagegesellschaften haben wir Leistungsgarantien abgegeben.

Einzahlungsverpflichtungen auf nicht voll eingezahlte Aktien und Anteile beliefen sich Ende 2001 auf 609 Mio €, die Haftsummen für Genossenschaftsanteile auf 1 Mio €. Nachhaftungen gemäß § 24 GmbHG bestanden bei 6 Gesellschaften mit beschränkter Haftung in Höhe von 17 Mio €. Weitere Einzahlungsverpflichtungen in Höhe von 11 Mio € betreffen Sondervermögen.

Gemäß § 26 GmbHG bestand bei der Liquiditäts-Konsortialbank GmbH, Frankfurt am Main, Ende 2001 eine anteilige Nachschusspflicht in Höhe von 45 Mio € und bei der CMP Fonds I GmbH in Höhe von 40 Mio €. Darüber hinaus haften wir für die Erfüllung der Nachschusspflicht der anderen dem Bundesverband deutscher Banken e.V., Berlin, angehörenden Gesellschafter gemäß § 5 Abs. 4 des Gesellschaftsvertrages.

Zum Bilanzstichtag bestand eine unbeschränkte, persönliche Haftung aus dem Besitz von Anteilen an 2 Personengesellschaften. Gemäß § 5 Abs. 10 des Statuts für den Einlagensicherungsfonds haben wir uns verpflichtet, den Bundesverband deutscher Banken e.V., Berlin, von etwaigen Verlusten freizustellen, die durch Maßnahmen zu Gunsten von in unserem Mehrheitsbesitz stehenden Kreditinstituten anfallen würden. Eine analoge Erklärung haben wir gemäß § 3 Abs. 1 des Statuts des Einlagensicherungsfonds für die Bank-Bausparkassen für unsere Bausparkassentochter abgegeben.

## PATRONATSERKLÄRUNGEN

Die HypoVereinsbank AG trägt für die folgenden Gesellschaften, abgesehen vom Fall des politischen Risikos, im Rahmen ihrer Anteilsquote dafür Sorge, dass sie ihre vertraglichen Verpflichtungen erfüllen können:

### 1. Kreditinstitute in Deutschland

Bankhaus Gebrüder Bethmann, Frankfurt/Main
Bankhaus Maffei & Co. KGaA, München
DAB Bank AG, München
Financial Markets Service Bank GmbH, München
Hanseatische Investitions-Bank GmbH, Hamburg
HVB Real Estate Bank Aktiengesellschaft, München
norisbank Aktiengesellschaft, Nürnberg
Vereins- und Westbank Aktiengesellschaft, Hamburg <sup>1</sup>
Vereinsbank Victoria Bauspar Aktiengesellschaft, München
Westfälische Hypothekbank Aktiengesellschaft, Dortmund
Württembergische Hypothekbank Aktiengesellschaft, Stuttgart

### 2. Kreditinstitute in übrigen Regionen

Banco Inversión S. A., Madrid
Banco Popular Hipotecario S. A., Madrid
Bank Austria Aktiengesellschaft, Wien <sup>1</sup>
Bank Przemyslowo-Handlowy PBK S. A., Krakau
Bank von Ernst & Cie. AG, Bern
direktanlagebank.at AG, Salzburg
FGH Bank N.V., Utrecht <sup>2</sup>
HVB Bank Ireland, Dublin
HVB Banque Luxembourg Société Anonyme, Luxemburg
HVB Real Estate Capital France S. A., Paris
HVB Singapore Limited, Singapur
Pfandbrief Bank International S. A., Luxemburg

### 3. Finanzdienstleistungsinstitute

HVB Finance (Delaware) Inc., Wilmington
HVB Finanziaria S.p.A., Mailand
Schoeller Capital Management AG, Wien

### 4. Finanzunternehmen

Bayerische Immobilien-Leasing GmbH, München <sup>1</sup>
Bayerische Immobilien-Leasing GmbH & Co. Verwaltungs-KG, München <sup>1</sup>
HVB Real Estate Capital Ltd., London
HVB Real Estate Capital Italia S.p.A., Mailand
HVB Risk Management Products Inc., New York

### 5. Unternehmen mit bankbezogenen Hilfsdiensten

HypoVereinsFinance N.V., Amsterdam
------------------------------------

<sup>1</sup> Die Gesellschaft gibt in ihrem Geschäftsbericht für ausgewählte Tochterunternehmen eine Patronatserklärung mit gleichem Wortlaut ab.

<sup>2</sup> Mittelbar gehalten über HVB Real Estate Bank Aktiengesellschaft, München.

## BANKAUFSICHTSRECHTLICHE EIGENMITTEL

Die Eigenmittel bestehen gemäß § 10 Abs. 2 KWG aus dem haftenden Eigenkapital und den Drittrangmitteln und betragen 28 951 Mio €.

Das haftende Eigenkapital setzt sich aus dem Kern- und Ergänzungskapital zusammen und beträgt 27 031 Mio €. Die Bank hat den Fonds für allgemeine Bankrisiken (200 Mio €) nicht dem Kernkapital zugerechnet. Er dient als Puffer für latente Kreditrisiken, die bis zum Aufstellungsstichtag noch nicht abschließend beurteilt werden konnten. Dem Ergänzungskapital haben wir nicht realisierte Reserven nach § 10 Abs. 2b Satz 1 Nr. 6 und 7 KWG von 2358 Mio € zugerechnet.

## MITARBEITER

Der durchschnittliche Personalstand betrug:

	2001	2000
Mitarbeiter (ohne Auszubildende)	22 365	23 555
davon:		
Vollzeitbeschäftigte	18 414	19 778
Teilzeitbeschäftigte	3 951	3 777
Auszubildende	1 619	1 611

Nach der Betriebszugehörigkeit ergibt sich folgendes Bild:

in %	Mitarbeiterinnen (ohne Auszubildende)	Mitarbeiter	2001 insgesamt
Betriebszugehörigkeit			
25 Jahre und darüber	13,3	22,0	17,1
15 bis unter 25 Jahre	16,8	18,4	17,5
10 bis unter 15 Jahre	19,1	15,7	17,6
5 bis unter 10 Jahre	26,3	19,6	23,7
unter 5 Jahren	24,0	24,3	24,1

## ORGANBEZÜGE

in Mio €	2001	2000
An die Mitglieder des Vorstands der HypoVereinsbank AG	25	12
An die Mitglieder des Aufsichtsrats der HypoVereinsbank AG	2	1
An die Mitglieder des Beirats der HypoVereinsbank AG	1	1
An frühere Mitglieder des Vorstands der HypoVereinsbank AG und deren Hinterbliebene	20	13

Bei der Steigerung der im Jahr 2001 angefallenen Vorstandsbezüge ist zu berücksichtigen, dass hierin neben den festen Bezügen des Jahres 2001 die variable Vergütung für das gute Geschäftsjahr 2000 enthalten ist sowie dass im Jahr 2001 vier neue Vorstandsmitglieder hinzugekommen sind und hierbei auch

marktübliche Ausgaben für verfallende Long-Term-Incentives angefallen sind. Insofern wird ein Vergleich durch einmalig wirkende Sondereffekte verzerrt. Der Anstieg der Bezüge der früheren Mitglieder des Vorstands resultiert aus einer generellen Anpassung und aus der Tatsache, dass mehrere Herren aus dem aktiven Vorstand ausgeschieden sind.

Für frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene bestanden per 31. Dezember 2001 Pensionsrückstellungen in Höhe des nach versicherungsmathematischen Grundsätzen gemäß § 6 a EStG ermittelten Teilwertes von 87 Mio € (78 Mio €).

## ORGANKREDITE

Zum Bilanzstichtag stellte sich der Gesamtbetrag der Forderungen sowie der eingegangenen Haftungsverhältnisse an die Organe wie folgt dar:

in Mio €	2001	2000
An die Mitglieder des Vorstands der HypoVereinsbank AG	8	7
An die Mitglieder des Aufsichtsrats der HypoVereinsbank AG	6	6

## ORGANE

### Aufsichtsrat

Kurt F. Viermetz  
Vorsitzender

Herbert Betz  
stv. Vorsitzender

Dr. Richard Trautner  
stv. Vorsitzender

Dr. Diethart Breipohl

Heidi Dennl

Volker Doppelfeld

Ernst Eigner

Helmut Gropper

Klaus Grünewald

Heinz-Georg Harbauer

Anton Hofer

Dr. Edgar Jannott

Max Dietrich Kley

Peter König

Hanns-Peter Kreuser

Christoph Schmidt

Jürgen E. Schrempp

Dr. Siegfried Sellitsch  
seit 17. 1. 2001

Prof. Dr. Dr. h. c. Hans-Werner Sinn

Helmut Wunder

### Vorstand

Stephan Bub  
seit 1. 2. 2001

Dr. Egbert Eisele

Dr. Stefan Jentzsch  
seit 1. 5. 2001

Dr. Norbert Juchem  
bis 31. 1. 2002

Dr. Claus Nolting

Dieter Rampl

Gerhard Randa

Dr. Eberhard Rauch  
bis 31. 12. 2001

Dr. Dr. h. c. Albrecht Schmidt

Dr. Stephan Schüller  
bis 30. 9. 2001

Dr. Paul Siebertz

Dr. Wolfgang Sprißler

# VERZEICHNIS DER MITGLIEDER DER ORGANE SOWIE DEREN MANDATE

AUFSICHTSRAT		
	Mandate in anderen gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten von inländischen Gesellschaften	Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen
<b>Kurt F. Viermetz</b> Ehemaliger Vice Chairman J. P. Morgan & Co. Incorporated Vorsitzender	E.ON AG, Düsseldorf	Grosvenor Estate Holdings, London Federal Reserve Bank of New York (Member of the International Capital Advisory Committee) New York Stock Exchange (Chairman, International Capital Markets Committee)
<b>Herbert Betz</b> Mitarbeiter der Bayerischen Hypo- und Vereinsbank Aktiengesellschaft Stellv. Vorsitzender		BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a.G. (stv. Vorsitzender) HypoVereinsbank-BKK, München
<b>Dr. Richard Trautner</b> Ehemaliges Mitglied des Vorstands der Bayerischen Vereinsbank Aktiengesellschaft Stellv. Vorsitzender	Aktien-Brauerei-Kaufbeuren AG, Kaufbeuren (Vorsitzender) Allgäuer Brauhaus AG, Kempten (stv. Vorsitzender) AVECO Holding AG, Frankfurt ERGO Versicherungsgruppe AG, Düsseldorf MEA Meisinger AG, Aichach (stv. Vorsitzender) Rhön-Klinikum AG, Bad Neustadt/Saale (stv. Vorsitzender)	Kraftverkehr Bayern GmbH, München Weltbild Verlag GmbH, Augsburg (Vorsitzender)
<b>Dr. Diethart Breipohl</b> Mitglied des Aufsichtsrats der Allianz AG und ehemaliges Mitglied des Vorstands der Allianz AG	Allianz AG, München Beiersdorf AG, Hamburg Continental AG, Hannover KarstadtQuelle AG, Essen mg technologies ag, Frankfurt KM Europa Metal AG, Osnabrück	Banco Popular Español S. A., Madrid BPI Banco Portugues de Investimento, SA, Porto Crédit Lyonnais, Paris (Conseil d'Administration) Les Assurances Générales de France (AGF), Paris (Conseil d'Administration)
<b>Heidi Dennl</b> Mitarbeiterin der Bayerischen Hypo- und Vereinsbank Aktiengesellschaft		
<b>Volker Doppelfeld</b> Vorsitzender des Aufsichtsrats der BMW AG, ehemaliges Mitglied des Vorstands der BMW AG	BMW AG, München (Vorsitzender) D.A.S. Deutscher Automobil Schutz Allgemeine Rechtsschutz-Versicherungs-AG, München IWKA AG, Karlsruhe	Bizerba GmbH & Co. KG
<b>Ernst Eigner</b> Mitarbeiter der Bayerischen Hypo- und Vereinsbank Aktiengesellschaft		
<b>Helmut Gropper</b> Ministerialdirektor, stv. Amtschef im Bayerischen Staatsministerium der Finanzen		Bayerische Eisenbahngesellschaft mbH, München Gesellschaft für den Staatsbediensteten-Wohnungsbau in Bayern mbH, München (Vorsitzender) Siedlungswerk Nürnberg GmbH, Nürnberg (Vorsitzender)
<b>Klaus Grünewald</b> Gewerkschaftssekretär der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft e.V.	Generali Lloyd AG, München	
<b>Heinz-Georg Harbauer</b> stv. Landesbezirksleiter der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft Landesbezirk Bayern	D.A.S. Deutscher Automobil Schutz Allgemeine Rechtsschutz-Versicherungs-AG, München	
<b>Anton Hofer</b> Mitarbeiter der Bayerischen Hypo- und Vereinsbank Aktiengesellschaft		

	<b>Mandate in anderen gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten von inländischen Gesellschaften</b>	<b>Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen</b>
<b>Dr. Edgar Jannott</b> Ehemaliger Vorsitzender des Vorstands und Mitglied des Aufsichtsrats der ERGO Versicherungsgruppe AG	ERGO Versicherungsgruppe AG, Düsseldorf Eurohypo AG, Europäische Hypothekenbank der Deutschen Bank, Frankfurt Hermes Kreditversicherungs-AG, Hamburg Salamander AG, Kornwestheim Schindler Deutschland Holding GmbH, Berlin STRABAG AG, Köln	D.A.S., Difesa Automobilistica Sinistri, S.p.A. di Assicurazione, Verona/Italien
<b>Max Dietrich Kley</b> Stellv. Vorsitzender des Vorstands der BASF AG	BASF Coatings AG, Münster <sup>1</sup> (Vorsitzender) Gerling-Konzern Speziale Kreditversicherungs-Aktiengesellschaft, Köln Wintershall AG, Kassel <sup>1</sup> (Vorsitzender) RWE Plus AG, Essen	BASF Innovationsfonds GmbH <sup>1</sup> (Vorsitzender) BASFIN Corporation, Mount Olive/USA <sup>1</sup> Landesbank Rheinland-Pfalz, Mainz WINGAS GmbH, Kassel <sup>1</sup> WIEH GmbH <sup>1</sup> , Berlin BASELL, Hoofddorp, Niederlande OAO AK SIBUR, Moskau, Russland
<b>Peter König</b> Mitarbeiter der Bayerischen Hypo- und Vereinsbank Aktiengesellschaft		
<b>Hanns-Peter Kreuser</b> Mitarbeiter der Bayerischen Hypo- und Vereinsbank Aktiengesellschaft		Pensionskasse der Mitarbeiter der HypoVereinsbank, München
<b>Christoph Schmidt</b> Mitarbeiter der Vereins- und Westbank Aktiengesellschaft	Vereins- und Westbank Aktiengesellschaft, Hamburg <sup>1</sup>	
<b>Jürgen E. Schrempp</b> Vorsitzender des Vorstands der DaimlerChrysler AG	Allianz AG, München DaimlerChrysler Services AG, Berlin <sup>1</sup> (Vorsitzender)	DaimlerChrysler of South Africa (Pty) Ltd. <sup>1</sup> , Südafrika (Chairman of the Board of Directors) Freightliner Corporation <sup>1</sup> , Portland, Oregon, USA (Chairman of the Executive Committee) bis 28. 2. 2001 New York Stock Exchange (NYSE), NY, USA South African Coal, Oil and Gas Corporation (Sasol) Ltd., Johannesburg, Südafrika Vodafone Airtouch plc, Newbury, UK
<b>Dr. Siegfried Sellitsch</b> Vorsitzender des Vorstands der Wiener Städtischen Wechselseitigen Versicherungsanstalt – Vermögensverwaltung, Wien (seit 17. 1. 2001)	InterRisk Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft, Wiesbaden (Vorsitzender) InterRisk Versicherungs-Aktiengesellschaft, Wiesbaden (Vorsitzender)	Bank Winter & Co. Aktiengesellschaft, Wien (Vorsitzender) Bene Gesellschaft mbH, Wien Böhler-Uddeholm Aktiengesellschaft, Wien Österreichische Unilever Gesellschaft mbH, Wien Siemens Aktiengesellschaft Österreich, Wien UBM Realitätenentwicklung AG, Wien (Vorsitzender) Wüstenrot Wohnungswirtschaft registrierte Genossenschaft mbH, Salzburg
<b>Prof. Dr. Dr. h. c. Hans-Werner Sinn</b> Präsident des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung		
<b>Helmut Wunder</b> Mitarbeiter der Bayerischen Hypo- und Vereinsbank Aktiengesellschaft		HypoVereinsbank-BKK, München (Vorsitzender)

<sup>1</sup> Konzernmandat.

**VORSTAND**

	<b>Mandate in anderen gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten von inländischen Gesellschaften</b>	<b>Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen</b>
<b>Stephan Bub</b> (seit 1. 2. 2001)		HVB Capital Corp., Wilmington, U.S.A. (chairman) <sup>1</sup> HVB Capital LLC, Wilmington, U.S.A. (chairman) <sup>1</sup> HVB Realty Capital Inc., Wilmington, U.S.A. (chairman) <sup>1</sup> SCM Schoeller Capital Management AG, Wien (Vorsitzender) <sup>1</sup> VV Immobilien Verwaltungs und Beteiligungs GmbH, München <sup>1</sup>
<b>Dr. Egbert Eisele</b>	HVB Real Estate Bank AG, München <sup>1</sup> Internationales Immobilien-Institut GmbH, München (Vorsitzender) <sup>1</sup> Westfälische Hypothekenbank AG, Dortmund (Vorsitzender) <sup>1</sup> Württembergische Hypothekenbank AG, Stuttgart (Vorsitzender) <sup>1</sup>	Aufbaugesellschaft Bayern GmbH, München (Vorsitzender) <sup>1</sup> Bank von Ernst & Cie AG, Bern <sup>1</sup> FGH Bank N.V., Utrecht (Vorsitzender) <sup>1</sup> HVB Asset Management GmbH, München <sup>1</sup> HVB Private Clients GmbH, München <sup>1</sup> HVB Real Estate Capital Ltd., London <sup>1</sup> PBI Pfandbrief Bank International S.A., Luxemburg <sup>1</sup>
<b>Dr. Stefan Jentzsch</b> (seit 1. 5. 2001)	Activest Institutional Investmentgesellschaft mbH (Vorsitzender) <sup>1</sup> Activest Investmentgesellschaft mbH (Vorsitzender) <sup>1</sup> DAB Bank AG, München <sup>1</sup> FSB FondsServiceBank GmbH, Unterföhring (Vorsitzender) <sup>1</sup> HVB Systems GmbH, Unterföhring (Vorsitzender) <sup>1</sup> INDEX CHANGE Investment AG, München <sup>1</sup> Vereins- und Westbank AG, Hamburg <sup>1</sup>	Bank von Ernst & Cie AG, Bern <sup>1</sup> HVB Asset Management GmbH, München (Vorsitzender) <sup>1</sup> HVB Private Clients GmbH, München (Vorsitzender) <sup>1</sup> Pension Consult Beratungsgesellschaft für Altersvorsorge GmbH (Vorsitzender) <sup>1</sup>
<b>Dr. Norbert Juchem</b> (bis 31. 1. 2002)	D.A.S. Deutscher Automobil Schutz Allgemeine Rechtsschutz-Versicherungs-AG, München Deutsche Börse AG, Frankfurt HVB Systems GmbH, Unterföhring <sup>1</sup> INDEX CHANGE Investment AG, München (Vorsitzender) <sup>1</sup> Fördergesellschaft für Börsen und Finanzmärkte in Mittel- und Osteuropa mbH, Frankfurt	HVB Asset Management GmbH, München <sup>1</sup> HVB Banque Luxembourg S.A., Luxemburg <sup>1</sup>
<b>Dr. Claus Nolting</b>		Blue Capital Equity GmbH, Hamburg <sup>1</sup> Blue Capital GmbH, Hamburg <sup>1</sup> FGH Bank N.V., Utrecht <sup>1</sup> HVB Real Estate Capital Ltd., London <sup>1</sup> PBI Pfandbriefbank International S. A., Luxemburg (Vorsitzender) <sup>1</sup>

<sup>1</sup>Konzernmandat.

	<b>Mandate in anderen gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten von inländischen Gesellschaften</b>	<b>Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen</b>
<b>Dieter Rampl</b>	Bavaria Film GmbH, München Bode Grabner Beye AG & Co. KG, Grünwald Braun und Brunnen AG, Berlin und Dortmund (Vorsitzender) <sup>1</sup> Elexis Elektroholding AG, Frankfurt HVB Pensionsfonds AG, München (Vorsitzender) <sup>1</sup> Odeon Film AG, München Westfalenbank AG, Bochum <sup>1</sup>	Banco B. I. Creditanstalt S. A., Buenos Aires Banco BBA Creditanstalt S. A., São Paulo Bank Austria AG, Wien <sup>1</sup> Bank von Ernst & Cie AG, Bern <sup>1</sup> Bavaria Filmkunst GmbH, München Bayerische Immobilien-Leasing GmbH, München (BIL) (Vorsitzender) <sup>1</sup> Blue Capital Equity GmbH, Hamburg <sup>1</sup> Blue Capital GmbH, Hamburg <sup>1</sup> HVB Asset Management GmbH, München <sup>1</sup> HVB Private Clients GmbH, München <sup>1</sup> Marsh GmbH, München MAHAG – Münchener Automobil-Handel Haberl GmbH & Co. KG, München
<b>Gerhard Randa</b>		Allgemeine Baugesellschaft A. Porr AG, Wien Austrian Airlines Österr. Luftverkehrs AG, Wien Bank Przemyslowo-Handlowy SA (BPH), Krakau <sup>1</sup> Creditanstalt Aktiengesellschaft, Wien (Vorsitzender) <sup>1</sup> Magna International Inc., Toronto Oesterreichische Kontrollbank AG, Wien (Vorsitzender) VA Technologie Aktiengesellschaft, Linz Voith Sulzer Papiermaschinen AG, St. Pölten (Vorsitzender) Wiener Städtische Wechselseitige Versicherungsanstalt Vermögensverwaltung, Wien Wienerberger Baustoffindustrie AG, Wien
<b>Dr. Eberhard Rauch</b> (bis 31. 12. 2001)	ADA-has IT Management AG, Willich Bionorica Arzneimittel AG, Neumarkt/Opf. DAB Bank AG, München (Vorsitzender) <sup>1</sup> HVB Systems GmbH, Unterföhring Infineon Technologies AG, München Inveos AG, Hamburg (Vorsitzender) Kennametal Hertel AG, Fürth (Vorsitzender) Koenig & Bauer AG, Würzburg norisbank AG, Nürnberg (Vorsitzender) <sup>1</sup> PlanetHome AG, München (Vorsitzender) <sup>1</sup> Vereinsbank Victoria Bauspar AG, München <sup>1</sup>	Bank Austria AG, Wien <sup>1</sup> Clearstream International S. A., Luxemburg
<b>Dr. Dr. h. c. Albrecht Schmidt</b>	Allianz AG, München Bayerische Börse AG, München HVB Real Estate Bank AG, München (Vorsitzender) <sup>1</sup> Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft AG, München Siemens Aktiengesellschaft, Berlin und München Vereins- und Westbank AG, Hamburg (Vorsitzender) <sup>1</sup>	Bank Austria AG, Wien (Vorsitzender) <sup>1</sup>

<sup>1</sup>Konzernmandat.

	<b>Mandate in anderen gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten von inländischen Gesellschaften</b>	<b>Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen</b>
<b>Dr. Stephan Schüller</b> (bis 30. 9. 2001)	BTV Finanz AG, München (Vorsitzender) PlanetHome AG, München <sup>1</sup> Vereinsbank Victoria Bauspar AG, München <sup>1</sup>	Banco Popular Español S. A., Madrid Blue Capital Equity GmbH, Hamburg <sup>1</sup> Blue Capital GmbH, Hamburg (Vorsitzender) <sup>1</sup> BVT Holding GmbH & Co. KG, München HVB Capital Management, Inc., New York <sup>1</sup> HVB Private Clients GmbH, München <sup>1</sup>
<b>Dr. Paul Siebertz</b>	Bayerische Immobilien AG, München Bayerische Landessiedlung GmbH, München HVB Pensionsfonds AG, München <sup>1</sup> Internationales Immobilien-Institut GmbH, München <sup>1</sup> PlanetHome AG, München <sup>1</sup> Schwäbische Bank AG, Stuttgart Viterrra AG, Bochum Westfälische Hypothekenbank AG, Dortmund <sup>1</sup> Württembergische Hypothekenbank AG, Stuttgart <sup>1</sup>	BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a. G., Berlin HVB Projekt GmbH, München (Vorsitzender) <sup>1</sup>
<b>Dr. Wolfgang Sprißler</b>	ThyssenKrupp Materials AG Tivoli Grundstücks-AG, München (Vorsitzender) <sup>1</sup> Dr. R. Pflieger Chemische Fabrik GmbH, Bamberg HVB Systems GmbH, Unterföhring <sup>1</sup>	HVB Banque Luxembourg S.A, Luxemburg (Präsident) <sup>1</sup> Liquiditäts-Konsortialbank GmbH, Frankfurt (Likobank)

<sup>1</sup> Konzernmandat.

**AUFSTELLUNG DER MANDATE VON MITARBEITERN**
**Mandate in anderen  
gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien  
von großen Kapitalgesellschaften**

<b>Dr. Wolfgang Bassermann</b>	Dermapharm AG Michael Huber München (MHM) Holding GmbH, Kirchheim Rathgeber AG, München
<b>Hans-Frieder Bauer</b>	SpaceNet AG
<b>Daniel Becker</b>	KoCosS Messtechnik AG
<b>Harm Bischoff</b>	Flaskamp Familien AG IdealWert AG
<b>Burkhard Breiing</b>	norisbank AG, Nürnberg (Vorsitzender) <sup>1</sup>
<b>Eckehard Dettinger-Klemm</b>	SAT Medien AG
<b>Matthias Diener</b>	Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Sachsen mbH, Dresden
<b>Günther Dyx</b>	Simon AG i.L., Düsseldorf <sup>1</sup>
<b>Hermann-Josef Eidt</b>	Simon AG i.L., Düsseldorf <sup>1</sup>
<b>Dr. Peter Ermann</b>	H.F.S. Hypo-Fondsbeteiligung für Sachwerte GmbH, München (Vorsitzender) <sup>1</sup> Vereinsbank Victoria Bauspar AG, München <sup>1</sup>
<b>Gunter Ernst</b>	Activest Investmentgesellschaft mbH <sup>1</sup> Brau und Brunnen AG, Berlin und Dortmund <sup>1</sup> Dyckerhoff AG, Wiesbaden Gütermann AG, Gutach HVB-Offene Unternehmensbeteiligungs AG, München <sup>1</sup> norisbank AG, Nürnberg <sup>1</sup> Westfalenbank AG, Bochum <sup>1</sup>
<b>Matthias Glückert</b>	Oechsler AG
<b>Caspar von Hauenschild</b>	AKA Ausfuhrkredit-Gesellschaft mbH, Frankfurt/Main SAINT-GOBAIN ISOVER G + H AG, Ludwigshafen
<b>Frank Hellwig</b>	HVB Informations-Verarbeitungs-GmbH, München <sup>1</sup>
<b>Klaus Holzmann</b>	Yorma's AG, Deggendorf
<b>Johann Huber</b>	Loxess AG, Tegernsee
<b>Karl Ralf Jung</b> (bis 31.12.2001)	GI Ventures AG HVB-Offene Unternehmensbeteiligungs-AG, München (Vorsitzender) <sup>1</sup>

<sup>1</sup> Konzernmandat.

**Mandate in anderen  
gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien  
von großen Kapitalgesellschaften**

<b>Werner Kaindl</b>	SAW AG, München
<b>Günter Kaupitz</b>	Leipziger Stadtbau AG, Leipzig
<b>Dr. Michael Kemmer</b>	Köllmann AG, Wiesbaden SchmidtBank GmbH & Co. KGaA, Hof Simon AG i.L., Düsseldorf <sup>1</sup>
<b>Thomas Killius</b>	Hartmann AG, Freiburg/Brsg.
<b>Reinhard Klein</b>	HVB Direkt Gesellschaft für Direktservice und Direktvertrieb mbH, München <sup>1</sup>
<b>Dr. Alexander Kolb</b>	Wilh. Werhahn-Gruppe, Neuss
<b>Marko Kutter</b>	Gebhard & Schuster Wertpapierhandelsbank AG, Gräfelfing Wildsoft-Development AG Wildsoft-Internet AG
<b>Dr. Diether Münich</b>	Internationales Immobilien-Institut GmbH, München <sup>1</sup>
<b>Josef Paulus</b>	BUL Bergbausanierung und Landschaftsgestaltung Sachsen GmbH, Sabrodt
<b>Dr. Hans-Gert Penzel</b>	memIQ AG, Haar (Vorsitzender) sm-end-2-end.de AG, München
<b>Dr. Guido Schacht</b>	AVAG Holding AG
<b>Dr. Michael Schiwietz</b>	stb software technologie beratung AG
<b>Dr. Stefan Schmittmann</b>	HVB-Offene Unternehmensbeteiligungs-AG, München <sup>1</sup> Schaltbau Holding AG, München
<b>Christian Trattner</b>	PAOLOSANDRO AG, Neubeuern
<b>Raymond Trotz</b>	Aufbaugesellschaft Bayern GmbH, München H.F.S. Hypo-Fondsbeteiligungen für Sachwerte GmbH, München <sup>1</sup> Internationales Immobilien-Institut GmbH, München <sup>1</sup>
<b>Peter Wallner</b>	Matino AG, Berlin
<b>Bernhard Weiß</b>	Financial Management Group AG
<b>Christoph Wetzel</b>	HVB Direkt Gesellschaft für Direktservice und Direktvertrieb mbH, München <sup>1</sup>
<b>Günter Zehner</b>	Bayertreuhand AG (Vorsitzender)
<b>Udo R. Zill</b>	WBRM Holding GmbH, Essen WohnBau Rhein-Main AG, Frankfurt
<b>Rainer Zorbach</b>	TC TrustCenter AG, Hamburg (Vorsitzender)

<sup>1</sup> Konzernmandat.

# ANGABEN ZUM HYPOTHEKENBANKGESCHÄFT

## DECKUNGSRECHNUNG

in Mio €	2001	2000
<b>A. Hypothekendarlehen</b>		
Ordentliche Deckung		
1. Forderungen an Kreditinstitute		
Hypothekendarlehen	8	9
2. Forderungen an Kunden		
Hypothekendarlehen	55 578	52 280
3. Sachanlagen (Grundschulden auf bankeigene Grundstücke)	—	250
4. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand	—	—
5. Sonstige Vermögensgegenstände	—	—
Ersatzdeckung		
1. Andere Forderungen an Kreditinstitute	—	—
2. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	3 591	2 623
3. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand	—	—
<b>Zwischensumme</b>	<b>59 177</b>	<b>55 162</b>
Summe der deckungspflichtigen Hypothekendarlehen	57 265	52 501
<b>Überdeckung</b>	<b>1 912</b>	<b>2 661</b>
<b>B. Öffentliche Pfandbriefe</b>		
Ordentliche Deckung		
1. Forderungen an Kreditinstitute	1 000	1 295
Hypothekendarlehen	—	—
Kommunalkredite	1 000	1 295
2. Forderungen an Kunden	14 227	16 178
Hypothekendarlehen	240	231
Kommunalkredite	13 987	15 947
3. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	7 625	8 580
Ersatzdeckung		
Andere Forderungen an Kreditinstitute	—	—
<b>Zwischensumme</b>	<b>22 852</b>	<b>26 053</b>
Summe der deckungspflichtigen öffentlichen Pfandbriefe	19 981	24 297
<b>Überdeckung</b>	<b>2 871</b>	<b>1 756</b>

## HYPOTHEKENDARLEHEN

	Anzahl der beliehenen Objekte	2001 in Mio €	2000 in Mio €
<b>1. Gliederung der Deckungshypothesen nach</b>			
a) Größengruppen			
bis einschließlich DM 100 000,-	161 635	5 311	5 172
über DM 100 000,- bis DM 1 000 000,-	285 578	30 947	29 023
über DM 1 000 000,-	10 858	19 328	18 094
	<b>458 071</b>	<b>55 586</b>	<b>52 289</b>
b) Gebieten, in denen die beliehenen Grundstücke liegen			
Baden-Württemberg	43 438	4 212	4 042
Bayern	171 653	21 103	19 741
Berlin	14 326	2 951	2 725
Brandenburg	15 529	1 959	1 735
Bremen	1 210	168	171
Hamburg	5 993	1 256	1 228
Hessen	23 861	4 084	3 765
Mecklenburg-Vorpommern	6 679	785	701
Niedersachsen	18 268	1 792	1 844
Nordrhein-Westfalen	47 597	5 533	5 185
Rheinland-Pfalz	18 523	1 718	1 672
Saarland	5 983	478	464
Sachsen	37 088	4 449	4 209
Sachsen-Anhalt	14 041	1 541	1 447
Schleswig-Holstein	16 918	1 571	1 499
Thüringen	16 939	1 967	1 847
	<b>458 046</b>	<b>55 567</b>	<b>52 275</b>
Frankreich/Monaco	10	1	1
Luxemburg	2	9	4
Niederlande	4	7	7
Österreich	9	2	2
	<b>458 071</b>	<b>55 586</b>	<b>52 289</b>
c) Art der Pfandobjekte			
Gewerblich genutzte Grundstücke		14 704	15 194
Wohnzwecken dienende Grundstücke		38 341	36 814
Bauplätze		84	198
Unfertige, noch nicht ertragsfähige Neubauten		2 407	31
Landwirtschaftlich genutzte Grundstücke		50	52
		<b>55 586</b>	<b>52 289</b>
<b>2. Rückzahlungen</b>			
Planmäßige Tilgungen		2 455	2 390
Außerplanmäßige Rückzahlungen		2 715	2 823
Rückzahlungen nach Ablauf der Konditionenbedingungen		2 359	2 544
		<b>7 529</b>	<b>7 757</b>

	Anzahl der Fälle	Hiervon entfallen auf Grundstücke	
		Gewerblich genutzt	Wohnzwecken dienend
<b>3. Zwangsmaßnahmen</b>			
a) Am 31. Dezember 2001 anhängige			
Zwangsversteigerungsverfahren	4 995	302	4 693
Zwangsverwaltungsverfahren	244	37	207
Zwangsversteigerungsverfahren und Zwangsverwaltungsverfahren	2 613	320	2 293
	<b>7 852</b>	<b>659</b>	<b>7 193</b>
(Vergleichswerte von 2000)	5 247	503	4 744)
b) Im Jahre 2001 durchgeführte			
Zwangsversteigerungsverfahren	869	59	810
(Vergleichswerte von 2000)	516	36	480)
<b>4. Grundstücksübernahmen</b>			
Im Jahre 2001 wurden zur Verhütung von Verlusten übernommen	2	—	2
(Vergleichswerte von 2000)	1	1	—)

## ZINSRÜCKSTÄNDE

Die Zinsrückstände bei Hypotheken aus Fälligkeiten vom 1. Oktober 2000 bis 30. September 2001 beliefen sich auf 123 Mio € und wurden in erforderlichem Umfang wertberichtigt. Die Rückstände verteilen sich auf:

in Mio €	2001	2000
Gewerblich genutzte Grundstücke	31	35
Wohnzwecken dienende Grundstücke	92	91

## **GEWINNVERWENDUNGSVORSCHLAG**

Der im Jahresabschluss 2001 der HypoVereinsbank AG ausgewiesene Bilanzgewinn beträgt 457 Mio €. Der Hauptversammlung am 23. Mai 2002 schlagen wir vor zu beschließen, den Bilanzgewinn gemäß § 25 unserer Satzung zur Zahlung eines Vorausgewinnanteils

von 0,08 € je stimmrechtslose Vorzugsaktie (insgesamt 1,2 Mio €) und zur Ausschüttung einer Dividende von 0,85 € auf jede Stammaktie und jede stimmrechtslose Vorzugsaktie zu verwenden.

München, den 5. März 2002

### **BAYERISCHE HYPO- UND VEREINSBANK AKTIENGESELLSCHAFT**

#### **DER VORSTAND**

Bub	Eisele	Jentsch	
Nolting	Rampl	Randa	Schmidt
	Siebertz	Sprißler	

## **BESTÄTIGUNGSVERMERK**

Wir haben den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Bayerischen Hypo- und Vereinsbank Aktiengesellschaft für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2001 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss und den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kennt-

nisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Überzeugung vermittelt der Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht gibt insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage der Gesellschaft und stellt die Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dar.

München, den 19. März 2002

KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft  
Aktiengesellschaft  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Wohlmannstetter  
Wirtschaftsprüfer

Pastor  
Wirtschaftsprüfer

Bei Veröffentlichung oder Weitergabe des Jahresabschlusses und/oder des Lageberichts in einer von der bestätigten Fassung abweichenden Form (einschließlich der Übersetzung in andere Sprachen) bedarf es zuvor

unserer erneuten Stellungnahme, sofern hierbei unser Bestätigungsvermerk zitiert oder auf unsere Prüfung hingewiesen wird; wir weisen insbesondere auf § 328 HGB hin.

**Herausgeber**

Bayerische Hypo- und Vereinsbank  
Aktiengesellschaft

Sitz München

80311 München

[www.hvbgroup.com](http://www.hvbgroup.com)

Registergericht: München HRB 421 48

Gestaltung: Gottschalk+Ash Int'l

Satz: Max Vornehm GmbH

Druck: Druckerei Kriechbaumer

Druckfreigabe: 14. 3. 2002

Auslieferung: 25. 3. 2002

Printed in Germany